



Wer finanziert die Gräber in Eger?

(Seite 2)

Bis zum letzten Atemzug...

(Seite 3)

Tribüne der Meinungen

(Seite 9)

Einigung auf Restitution von Kircheneigentum bedroht Beneš-Dekrete

Ein von der tschechischen Regierung eingebrachter Gesetzesvorschlag zur Rückgabe von Kircheneigentum stößt auf rechtliche Probleme: Und wieder einmal sind die Beneš-Dekrete im Spiel. Der Orden der Zisterzienser soll nämlich laut dem Vorschlag des Regierungsgesetzes auf die Rückgabe seines Eigentums überhaupt keinen Anspruch haben. Die Zisterzienser wurden nämlich aufgrund der Beneš-Dekrete enteignet. Zumindest wird das heute so behauptet. Im Grundbuch steht freilich noch „Adolf Hitler“ als Eigentümer. Der war zwar auch nicht rechtmäßiger Eigentümer, aber er hatte den Ordensbesitz 1941 eingesackt, weil die Zisterzienser genau das waren, was eigentlich heute als antifaschistischer Widerstand gewürdigt werden müßte: Sie haben Hitler die Tür gewiesen und Edvard Beneš empfangen. Der dankte es ihnen nicht

wirklich, sondern griff nach dem Fall der Nazi-Diktatur zu. Ob das „rechtlich“ einwandfrei geschehen ist, darf bezweifelt werden. Genaugenommen konnten bei den nazifeindlichen Ordensleuten die Beneš-Dekrete gar nicht angewendet werden. Brisant ist der Fall deshalb, weil es noch viele tausend ähnlich gelagerte Fälle gibt.

Das Kulturministerium beharrt darauf, daß die Kirchenrestitution bisher gültige Restitutionsgrenzen nicht durchbrechen darf und die Beneš-Dekrete nicht anzuzweifeln sind. Der Regierungsentwurf rechnet damit, daß der Staat den Orden und Kongregationen den durch die Kommunisten beschlagnahmten Besitz in Naturalform zurückgibt, was ungefähr ein Drittel des gesamten Kirchenbesitzes in Tschechien vor dem Beginn des Kommunismus darstellt. Weitere zwei Drittel im Wert

von dreiundachtzig Milliarden Kronen wird der Staat den Kirchen während der Zeit von sechzig Jahren mit den dazugehörigen Jahreszinsen abzahlen.

„Die Tschechische Republik kommt nicht zur Ruhe. Seit Jahren prasseln Eigentumsforderungen auf sie hernieder“, erklärte SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel. Da gab es Enteignungen – wie zum Beispiel beim Deutschen Orden – im Zweiten Weltkrieg durch die NS-Behörden in Böhmen, Mähren und Schlesien. Diese Opfer bekamen ihr Vermögen, das dann nach 1945 auf Grundlage der Beneš-Dekrete durch die damalige CSR unter Edvard Beneš eingezogen wurde – nicht zurück. Damit wurden nicht einmal die Beneš-Dekrete eingehalten, die Hitlergegner eigentlich belohnen wollten!

Mehr Informationen auf Seite 5.

BERND POSSELT NEUER SPRECHER



Der bisherige Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt (links), ist neuer Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe. Er löst in dieser höchsten Funktion der Landsmannschaft den bisherigen Sprecher Johann Böhm ab. Siehe dazu den Bericht auf Seite 3.

Foto: Herbert Fischer

Auf Sand

VON MANFRED MAURER

WER VON EINEM tschechischen Vertreter die Aufhebung der Beneš-Dekrete fordert, bekommt meist diese Antwort zu hören: Die Dekrete sind das Fundament des Staates und könnten daher nicht aufgehoben werden, weil dann alles zusammenbrechen würde.

ABGESEHEN DAVON, daß dieser Staat, der auf diesem fragwürdigen Fundament errichtet wurde, längst zusammengebrochen ist, wird immer offenkundiger, daß auch der Nachfolgestaat auf Sand gebaut wurde. Denn die Beneš-Dekrete erweisen sich gerade in dem Punkt, in dem es um die materielle Grundlage der Staatsgründung ging, als äußerst wackeliger Boden. Und diese Instabilität wird mit dem Zeitablauf nicht geringer, wie manche gehofft hatten. Das Gegenteil ist der Fall.

TSCHECHIEN VERSUCHT – nicht freiwillig natürlich, sondern aufgrund des Druckes der katholischen Kirche und weil die ODS-Regierungspartei die Christdemokraten als Koalitionspartner bei der Stange halten will – die Aufarbeitung jenes Nachkriegschaos, in dem der tschechoslowakische Staat fremdes Eigentum gestohlen, aber die rechtliche Bemäntelung des Raubzuges schlampig erledigt hat. Es ist halt damals abgelaufen wie in wirren Zeiten üblich. Im revolutionären Eifer hat die Bürokratie das Nachsehen. Hinzu kommt, daß ab Februar 1948 nach dem Kommunisten-Putsch die Grundbücher schon aus ideologischen Gründen weniger Bedeutung hatten als sie es heute wieder haben. So wurde viel gestohlen und geraubt, aber der Raub nicht, wie es sich gehört hätte, ordentlich verbucht, sprich: Die Änderung der Eigentumsverhältnisse wurde nicht in den Grundbüchern eingetragen. Damit wurde unfreiwillig rechtlich genau jener Zustand beibehalten, der dem gesunden Rechtsverständnis entspricht: Die jeweils neuen „Eigentümer“ waren (bzw. sind) nur die Besitzer, haben aber formal keine Eigentumsrechte. Diese Fakten wurden bislang weitgehend ignoriert, und man muß sich fragen, was der tschechische Staat nicht schon alles an Eigentum verschertelt hat, das ihm nicht einmal nach seinem verqueren Rechtsverständnis rechtmäßig gehört? Denn in vielen Fällen wurde entweder der Beneš-Raub nicht ordnungsgemäß vollzogen beziehungsweise wurden die Beneš-Dekrete nicht korrekt angewendet. Vor Jahren schon traute sich der Bürgermeister einer tschechischen Gemeinde ein öffentliches Grundstück nicht zu verkaufen, weil er genau wußte, daß im Grundbuch noch die alten sudetendeutschen Eigentümer standen. Er hätte also etwas verkauft, was der Gemeinde gar nicht wirklich gehörte. Es ist davon auszugehen, daß viele Bürgermeister vor diesem Problem stehen, aber die wenigsten von ihnen derartige Skrupel haben. Schließlich können sie sich auf die Beneš-Dekrete berufen, die der Staat, der auf diesem Fundament gebaut worden ist, erst vor kurzem noch einmal ausdrücklich für unantastbar erklärt hatte. Wer wird schon diese kleine Formalität mit der Grundbucheintragung ernstnehmen, wo doch allen bekannt ist, daß die Deutschen damals ohne Rücksicht auf ihr tatsächliches Verhalten während der Nazi-Zeit eine vogelfreie Masse waren? Wer wird denn jetzt mit einer I-Tüpfel-Reiterei beginnen, wo doch selbst viele Opfer schon eingesehen haben, daß da nichts mehr zu machen sein wird?

WÄHREND HIERZULANDE hinter jedem möglicherweise unter den Nazis unrechtmäßig enteigneten Bild eine Ermittlungskommission herjagt, spekuliert man in Tschechien mit der Vergeblichkeit. Das wiederholte Hochkommen dieser alten Geschichten – wie man sieht auch ganz ohne Zutun von Sudetendeutschen – sollte jedoch zum Nachdenken anregen. Das Problem löst sich nicht von selber biologisch. Es wird immer wieder aufs Tapet kommen. Die Beneš-Dekrete werden die tschechische Gesellschaft so lange auf unangenehme Weise beschäftigen, bis sie in aller Form für obsolet erklärt und die entsprechenden Konsequenzen gezogen wurden. Erst wenn der ganze Sand aus dem Fundament geschaufelt worden ist, wird der tschechische Staat stabil dastehen.

Was ist es: Deutschenhaß, Antisemitismus, oder ist es „nur“ Korruption?

„Es ist traurig, daß alle einen Gestank riechen, aber keiner das Herz hat, dessen Quelle zu beseitigen“ – diese Worte der Redakteurin Veronika Skálová waren in der Weihnachtsausgabe des Brünner Kulturmagazins „Metropolis“ nachzulesen. Wovon ist hier die Rede? Es geht um „einen ganz und gar üblichen Immobilien-tausch“. Mehrere Immobilien der Stadt Brunn (Brno) wurden gegen ein Objekt von einem Immobiliengeschäftsmann, der dieses erst kurz vorher gekauft hatte, eingetauscht.

Dieses Objekt, der multifunktionelle Palast „Jalta“, liegt zentral in der Nähe des neuen Brünner Rathauses und wurde ab 2000 zum Verkauf angeboten. Hier muß besonders erwähnt werden, daß Brunn in den neunziger Jahren dieses Objekt vom Staat kostenlos erhalten hätte. Die Stadt nahm damals diese Möglichkeit nicht wahr. Dieses Objekt wurde später von der „Tschechischen Versicherungsanstalt AG“ erworben und von dieser Anfang 2004 um einen Kaufpreis von 65 Mill. Kronen angeboten. Im Hinblick auf den schlechten technischen Zustand des Objektes wurde der ursprüngliche Kaufpreis mehrmals reduziert.

Bereits im April 2004 hat der Geschäftsmann Miroslav Lekeš dieses Haus erwerben wollen und bot der Versicherungsanstalt dafür einen Kaufpreis in Höhe von 66 Mill. Kronen an. Am 29. Juli wurde der diesbezügliche Kaufvertrag unterzeichnet. Bereits nach vereinhalf Monaten, zu Anfang Dezember 2004 – nach Ansicht der Staatsvertretung des Kreises Brunn erst (!) Anfang Dezember – begannen neue Verhandlungen zwischen Ing. Miroslav Lekeš und Vertretern der Stadt betreffend eines Kaufes eventuell Tausches von Immobilien. Lekeš hat den Preis für das Haus „Jalta“ auf 78 Mill. Kronen erhöht. Für diesen Wert wollte er im Tauschwege mehrere Immobilien der Stadt erwerben. Die von ihm erstrebten Tauschobjekte waren jedoch solche, die nicht für einen Verkauf bestimmt waren, darunter vier Grundstücke, an denen der Staat ein Vorkaufsrecht besaß. Das Vorhaben des Tausches wurde im Oktober 2005 gutgeheißen, in einer geheimen Abstimmung wurde der Tausch im Dezember 2005 genehmigt.

Böse Zungen sprechen davon, daß irgendein – im Jargon so bezeichneter – „Musketier“ als Interessent für dieses Geschäft 20 Mill. Kronen lukriert hat. Eine diesbezügliche Verdachtsanzeige hat die Polizei sehr sorgfältig bearbeitet und beiseitegelegt.

Zweite Chance für Steyr

Das tschechische Verteidigungsministerium und Vertreter der österreichischen Rüstungsfirma Steyr haben sich auf die Bildung zweier Expertenkommissionen geeinigt, die die rechtlichen und technischen Fragen um den Kauf von gepanzerten Transportern klären sollen. Der ursprüngliche Vertrag über die Lieferung von 199 Transportern im Wert von 20 Milliarden Kronen (rund 780 Millionen Euro) hatte die Regierung Topolánek Ende letzten Jahres gekündigt. Es seien die Lieferfristen sowie technische Absprachen nicht eingehalten worden, hieß es aus dem Ministerium. Eine Einigung soll bis zum 5. März erfolgen. Offensichtliches Ziel der ganzen Aktion ist Preisdrückerei.

Preußische Treuhand klagt die deutsche Regierung

Die Vertriebenenorganisation Preußische Treuhand hat die deutsche Bundesregierung verklagt. Man wolle die Regierung damit zwingen, „anspruchsberechtigten deutschen Vertriebenen in Eigentumsfragen gegenüber Polen diplomatischen Schutz zu gewähren“, sagte der Vorsitzende Rudi Pawelka. Die Organisation hat bereits 22 Einzelbeschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgelegt. Sie will von Polen die Rückgabe von Eigentum oder einen Ersatz erreichen. Pawelka sagte, die Klage sei aus juristischen und formalen Gründen von vier Einzelpersonen beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht worden. „Die haben kein Prozeßrisiko, das tragen wir“, sagte Pawelka. Eingereicht wurde die Klage demzufolge bereits am 31. Dezember. „Die Begründung reichen wir in diesen Tagen nach“, sagte

Im Jahr 2005 behaupteten die Stadtvertreter, daß die Stadt doch das Objekt „Jalta“ „dringend benötigt“. Die Stellvertreter des Primators, Radomír Jonáš und Miroslav Hošek (beide Mitglieder der ODS), verkündeten, daß der Preis für die Reparaturen 50 Mill. Kronen nicht übersteigen wird. Das Objekt wurde für einige Mill. Kronen ausgemalt und trotzdem dient es bis heute nicht dem deklarierten Zweck.

Heutige Bewertungen lauten: Der Preis für die allernötigsten Reparaturen beträgt 104 Mill. Kronen, der Preis für die vollständige Rekonstruktion 240 Mill. Kronen, der Preis des Aufbaues eines neuen Gebäudes 360 Mill. Kronen. Es ist anzunehmen, daß auch bei diesen Operationen niemand Geld eingebüßt hat.

Diese Vorgeschichte zu kennen ist zweckmäßig, wenn man erfährt, daß eines der Häuser, die in diesen seltsamen Austausch mit einbezogen wurden, auch das Haus Masarykova St. 1 (bis zum Jahr 1918 Ferdinand-Straße) ist. In diesem Haus befindet sich die älteste funktionierende Apotheke in Mähren, vielleicht sogar die älteste funktionierende Apotheke Österreich-Ungarns. Die Apotheker (Vladimír Pacold und Jana Halámková) haben diese Apotheke „Zum rotem Krebs“ kurz nach der Wende vom Staat gekauft. Sie haben die rücksichtslosen baulichen Veränderungen aus den Zeiten des „realen Sozialismus“ beseitigt und haben das ursprüngliche Aussehen wiederhergestellt. Unter anderem ließen sie die Inneneinrichtung und die Stuckarbeiten restaurieren, den Marmorboden ausbessern unter Benützung der ursprünglichen Materialien, die Lüster wurden im Sezessionsstil wiederhergestellt, sowie die weißgetünchten Fenster durch Buntglasscheiben fachgerecht ersetzt. So haben die Inhaber das Interieur stilmäßig dem Beginn des 20. Jahrhunderts – in der Art, wie das Haus seinerzeit in der Ferdinand Straße 1 anlässlich der großen Ausstellung in Brunn gebaut wurde – angepaßt.

Mit dem Ziel, die hohen Investitionskosten nicht zu verlieren, haben die Apotheker angestrebt, auch das Haus, in welchem sich die Apo-

theke befindet, zu kaufen. Auf diesbezügliches Begehren hat die Stadt Brunn immer geantwortet, daß dieses Haus nicht verkäuflich sei. Am 10. Oktober 2005 hat der Brünner Primator Richard Svoboda selbst die Apotheker empfangen. Er hat deutlich erklärt, daß er nicht alle Vermögensoperationen kennen kann (obzwar er, bevor er Bürgermeister wurde, die Funktion des stellvertretenden Bürgermeisters für Vermögensfragen innehatte). Er ergänzte, daß er ihnen – den Apothekern – das Haus niemals verkaufen würde, da sich ansonsten seine Vorfahren im Grab umdrehen müßten. Später erklärte er seine Worte damit, daß er grundsätzlich gegen einen „Verkauf“ sei, wohingegen es sich bei dem genannten Besitztransaktion um einen „Tausch“ handelt.

Interessant ist jedoch, daß zu gleicher Zeit die Stadt Brunn den sogenannten „Städtischen Hof“ sehr wohl verkaufte. Das Haus Masarykova St. 1 wurde in diesen Tausch um den Wert von 28,7 Mill. Kronen miteinbezogen. Die Apotheker übergaben ein garantiertes Gegenangebot in der Höhe von 30 Mio. Kronen, aber die Stadtvertretung hat darüber gar nicht abgestimmt. Die Ansicht Bürgermeisters Svoboda wurde von der Mehrheit der Stadtvertreter akzeptiert. Daß hier Korruption vorlag, hat die Polizei zurückgewiesen. Demnach ist es nötig, eine andere logische Erklärung für das Verhalten des Bürgermeisters zu suchen.

Bürgermeister Svoboda ist Mitglied der ODS. Die ODS-Partei profiliert sich als Verteidiger „nationaler Interessen“. Das Haus Masarykova St. 1 wurde laut den sogenannten Beneš-Dekreten beschlagnahmt. Der Name Pacold klingt deutsch. Hier ist allerdings zu beachten, daß die Vorfahren des Vladimír Pacold aus Flandern kamen. Sein Urgroßvater ist auf dem Vorhang des Nationaltheaters in Prag porträtiert. Und als besonders pikant wirkt es, daß die Stiefmutter Pacolds aus der Sicht der Nürnberger Gesetze als Mischling ersten Grades galt.

Der Name Halámková klingt tschechisch. Andererseits ist es aber allgemein bekannt, daß

der Gatte der Mag. pharm. Jana Halámková das „Museum des Unrechts, das zum Recht erhoben wurde“ leitet, wo der „Ausliquidierung“ der deutschen Frage in der Stadt Brunn gedacht wird. Weiter ist es ein Fakt außer Streit, daß die Urgroßmutter und der Urgroßvater der Halámková „verdienterweise“ vertrieben wurden und der Besitz der Großmutter gemäß den Beneš-Dekreten im März 1948 beschlagnahmt wurde.

Darüber hinaus, falls die Apotheker das Haus bekommen hätten, wäre dem nichts entgegengestanden, daß Halámkovás Gatte die oberen Stockwerke des Hauses zum Aufbau einer Ausstellung zur Erinnerung an die deutschen Wurzeln Brunn benützt hätte, um so sein Vorhaben zu erfüllen, direkt im Zentrum der Stadt ein „Haus deutscher Kultur“ zu errichten.

Jana Halámková hat sich erlaubt, die emotionale Aussage des Herrn Primators Svoboda vom 10. Oktober 2005 damit zu erklären, daß der Primator Svoboda ein eminentes Interesse daran hätte, daß das gemäß den Beneš-Dekreten beschlagnahmte Haus nicht in „deutsche Hände“ zurückkommt. Der damalige Primator und heutige Senator Svoboda reagierte darauf in der Presse mit den Worten: „Ich kann nichts anders tun, als Frau Halámková den Besuch bei einem Psychiater zu empfehlen.“ („Mlada fronta Dnes“, 15. 8. 2007)

Sich für diese Impertinenz zu entschuldigen, erachtete lediglich der Vorsitzende des Senats, Přemysl Sobotka (ODS), für nötig. Der „christlicher Politiker“, der Vorsitzende des Europäischen Parlamentes, Hans-Gert Pötering, erachtete es allerdings bis zum heutigen Tage nicht notwendig, diese Angelegenheit zu kommentieren, obzwar er über die ganze Sache schriftlich informiert wurde.

Demnach stellen sich neuerlich diese Fragen: Ist in Europa im Jahr 2008 Platz für einen Deutschenhaß? Ist hier Platz für einen Antisemitismus? Oder wurde Korruption zu einem nicht wegzudenkenden Bestandteil des alltäglichen Lebens?

Die Unruhe der Toten: Wer finanziert die Kriegsgräberstätte in Eger?

Auf dem Militärstützpunkt Brdy in Mittelböhmen lagern in einem Bunker die sterblichen Überreste von 4300 deutschen Weltkriegssoldaten. Anstatt auf einem Friedhof, ruhen sie zurzeit in Pappsärgen. Ein Skandal sei die wenig würdevolle Aufbewahrung der Toten, urteilte unlängst die deutsche „Bild“-Zeitung, der allerdings ein weiterer Skandal in diesem Zusammenhang entgangen war: Daß nämlich viele der Gebeine von Zivilisten, teilweise von Massakeropfern, stammen.

Die während des Zweiten Weltkrieges getöteten Deutschen hätten eigentlich längst in einer würdevollen Umgebung beigesetzt werden sollen, meinte auch Radio Prag kürzlich in einem Bericht. Der Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge (VdK) hatte, wie in der „Sudetenpost“ bereits ausführlich berichtet, geplant, in Prag eine Kriegsgräberstätte zu errichten, doch das Projekt platzte. Dann kam erneut Bewegung in

die Sache, die Stadt Eger (Cheb) bot an, ein Gelände für die letzte Ruhe zur Verfügung zu stellen. „Die Stadtverwaltung Cheb hat uns eigentlich grünes Licht für die Errichtung einer deutschen Kriegsgräberstätte gegeben, knüpft diese Zusage aber an bestimmte Leistungen, die man vielleicht als ‚Verbesserung der Infrastruktur‘ zusammenfassen könnte“, erläuterte Fritz Kirchmeier vom VdK gegenüber Radio Prag.

Danach sorgte das Projekt für Schlagzeilen. Die „Bild“-Zeitung ortete einen Skandal. Das Projekt drohe wegen zu hoher Forderungen der Tschechen zu scheitern, hieß es. Konkret ging es um den städtischen Friedhof in Cheb. Die geplante Kriegsgräberstätte würde unmittelbar an das Gelände angrenzen. Allerdings ist der Friedhof in sehr schlechtem Zustand. „Darum haben wir die deutsche Seite gebeten, uns mit der Instandsetzung zu helfen, wenn sie die sterblichen Überreste in Cheb beisetzen will. Die Kosten von rund 500.000 Euro waren vereinbart. Wenn in der deutschen Presse die Ansicht geäußert wird, daß das eine Ungeheuerlichkeit sei, dann tut mir das sehr leid“, reagierte der Bürgermeister von Eger, Jan Svoboda.

Bei dem strittigen Betrag handelt es sich nur um einen Teil der Restaurierungskosten, die

sich insgesamt auf 24 Millionen Kronen, umgerechnet 925.000 Euro, belaufen. Er war von der Stadt zunächst als Pacht für die Gräber deklariert worden – was bei Kriegsgräbern jedoch international nicht zulässig ist. Nachdem die Kriegsgräberfürsorge auf den Fehler hingewiesen hatte, zeigte sich die Stadt verständnisvoll, berechnete dieselbe Summe jedoch nun unter einem anderen Rechnungsposten. Daß die Wiederherstellung des städtischen Friedhofes notwendig ist, das stand allerdings nie zur Debatte.

Fritz Kirchmeier bestätigte: „Der VdK hält das für angebracht. Es ist auch in unserem Interesse, die Kriegsgräberstätte in einem angemessenen Umfeld zu errichten. Es gibt aber konkrete Einzelfragen, über die wir noch verhandeln müssen. Wir akzeptieren einen Großteil der Auflagen, die die Stadt uns macht, aber wir haben ein Problem mit diesem strittigen Einzelbetrag von 500.000 Euro.“

Nach einer Lösung für das Verwirrspiel um die Finanzierung will man in den nächsten Gesprächen suchen. Von einem Skandal sprach von den Beteiligten allerdings niemand, die Verhandlungen seien bisher konstruktiv verlaufen. Von den zivilen Toten spricht übrigens auch niemand. Warum eigentlich nicht?

EU-Parlament fordert vergeblich Verlegung von Schweinezüchtereien

Der Südböhmische Kreis lehnt eine Verlegung des Schweinezuchtbetriebes ab, der im Ort Lety auf dem Gelände eines ehemaligen Konzentrationslagers für Sinti und Roma steht. Der Kreis möchte stattdessen für fünfzig Millionen Kronen (knapp zwei Millionen Euro) ein Mahnmahl für die Roma-Opfer des Holocausts unweit des Schweinezuchtbetriebes errichten. Er verstehe nicht, warum sich das Europäische Parlament in dieser Frage einmische, sagte der

Chef der Kreisverwaltung, Jan Zahradník von der ODS.

Tschechien wurde kürzlich vom Parlament in Straßburg kritisiert. In seiner „Resolution zur Strategie für das Verhältnis zu den Roma“ wird die Tschechische Republik aufgefordert, den Zuchtbetrieb zu verlegen und an dieser Stelle eine Gedenkstätte zu errichten. Die Resolution wurde von den tschechischen Europaabgeordneten kritisiert.

Posselt neuer Sprecher der Sudetendeutschen

Der Münchener Europaabgeordnete der CSU Bernd Posselt (51) ist zum Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und damit zu deren höchstem Repräsentanten gewählt worden. Die Sprecherwahl erfolgte in München durch die Abgeordneten der Sudetendeutschen Bundesversammlung sowie die Delegierten aller sudetendeutschen Vereinigungen, Gesinnungsgemeinschaften und der Heimatgliederung. Posselt löst den früheren bayerischen Landtagspräsidenten Johann Böhm (70) ab, der seit 2000 an der Spitze der Volksgruppe stand.

In deren zweithöchstes Amt, das des SL-Bundesvorsitzenden, wurde – als Nachfolger von Bernd Posselt – Franz Pany (50), Landesobmann der Sudetendeutschen in Bayern und Stiftungsdirektor der Katholischen Bildungsstätten Bayerns, gewählt. Zum ersten Mal werden beide Führungsämter der Volksgruppe von Sudetendeutschen bekleidet, die nach der Vertreibung geboren wurden.

Als weitere Mitglieder des Bundesvorstandes wurden gewählt: Stellvertreter: Reinfried Vogler, Alfred Herold, Robert Wild.

Weitere gewählte Bundesvorstandsmitglieder: Siegfried Leneis, Rudolf Meinel, Dr. Peter Küffner, Dr. Herbert Fleißner, Peter Pawlik.

Als Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung wurde wiedergewählt: Dr. Werner Nowak. Vizepräsident Gerhard Zeihsel, Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, wurde im Amt bestätigt.

Hannelore Heller aus Mittelfranken wurde als Vizepräsidentin neu gewählt.

Die Sudetendeutsche Bundesversammlung verabschiedete nachfolgende heimatpolitische Entschlüsse:

Zum sudetendeutsch-tschechischen Gedenkjahr 2008

Die Mitglieder der erweiterten Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmann-

schaft, des höchsten parlamentarischen und alle Vereinigungen umfassenden Gremiums der sudetendeutschen Volksgruppe außerhalb ihrer Heimat, erinnern zu Beginn des Jahres 2008 anlässlich der konstituierenden Sitzung ihrer XIV. Wahlperiode an eine beeindruckende Reihe von historischen Ereignissen, die für die in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien lebenden Tschechen und Deutsche eine einschneidende Bedeutung hatten und sich in diesem Jahr in besonderer Weise jähren:

○ Im Jahr 1348 – vor 660 Jahren – gründete Kaiser Karl IV., der als König Karl I. zum ersten Mal Böhmen, Mähren und Schlesien unter der Wenzelskrone zusammenfaßte, die später nach ihm benannte Prager Universität, ein für Deutsche und Tschechen elementares und europaweit ausstrahlendes Zentrum von Wissenschaft, Bildung und Gelehrsamkeit.

○ Im Jahr 1618 – vor 390 Jahren – löste der Prager Fenstersturz jenen Dreißigjährigen Krieg aus, der Deutsche und Tschechen gleichermaßen belastete und im Jahr 1648 mit dem Westfälischen Frieden beendet wurde, dem eine Prager Friedensvereinbarung voranging.

○ Im Jahr 1848 – vor 160 Jahren – waren sowohl Deutsche als auch Tschechen von dem Ringen um den Erhalt übernationaler Reichsgebilde oder die Schaffung eines deutschen Nationalstaats im Frankfurter Parlament betroffen; sie waren aber auch beide Nutznießer der Abschaffung von „Robot und Zehent“ im Kaiserreich Österreich.

○ Im Jahr 1918 – vor 90 Jahren – ging für 7,4 Millionen Tschechen mit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik (gemeinsam mit 2,3 Millionen Slowaken) der Traum eines souveränen Staates in Erfüllung, was von 3,2 Millionen Deutschen und weiteren 1,6 Millionen Angehörigen anderer Völker als Verletzung ihres Selbstbestimmungsrechts empfunden wurde.

○ Im Jahr 1938 – vor 70 Jahren – erhofften viele Sudetendeutsche im Gefolge des Münchener Abkommens, das die Übergabe der mehrheitlich deutsch besiedelten Gebiete von der Tschecho-slowakischen Republik an das Deutsche Reich regelte, die späte Erfüllung ihres Selbstbestimmungsrechts, während das tschechische Volk „München“ als die größte Demütigung in seiner Geschichte betrachtet. Die nationalsozialistische Herrschaft im Sudentenland und ab 1939 im sogenannten Reichsprotektorat Böhmen und Mähren führte dann zur Ermordung, Verfolgung und Flucht vieler Tschechen und Sudetendeutscher, darunter fast aller jüdischen Einwohner dieser Länder.

○ Im Jahr 1948 – vor 60 Jahren – verlor die nach dem Zweiten Weltkrieg neu erstandene Tschechoslowakische Republik, die bis dahin fast alle Sudetendeutsche kollektiv vertrieben hatte, durch die Schwäche der Demokraten und die Macht des Kommunismus für vier Jahrzehnte ihre Freiheit und ihre Unabhängigkeit.

○ Im Jahr 1968 – vor 40 Jahren – scheiterte der Versuch des Aufbaus eines „demokratischen Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ in der Tschechoslowakei ebenso wie die Freiheitsbewegung ihrer Völker durch die militärische Intervention der Sowjetunion und weiterer Staaten des damaligen Warschauer Pakts. Als Relikt des „Prager Frühlings“ verfestigten sich jedoch föderative Elemente und die Stärkung gewisser Minderheitenrechte auch der in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien verbliebenen Deutschen – allerdings nach wie vor unter dem repressiven Terror eines totalitären sozialistischen Systems.

Eingedenk dieser – das tschechische Volk und die sudetendeutsche Volksgruppe gleichermaßen prägenden – geschichtlichen Erfahrungen und in gemeinsamer Dankbarkeit für die friedliche Wende des Jahres 1989 mit der anschließenden Wiederherstellung freiheitlicher und demokratischer Strukturen für alle Tschechen und für alle Deutschen erklären die Mitglieder der erweiterten Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft erneut ihre uneingeschränkte Bereitschaft, mit den Vertretern des tschechischen Volkes in einen offenen Dialog über alle gemeinsam interessierenden und gegenseitig belastenden Fragen einzutreten. Sie erneuern in diesem Zusammenhang ihr Bedauern und ihre Entschuldigung für alle Verfehlungen und Verbrechen, die von Repräsentanten des deutschen Volkes gegenüber Angehörigen des tschechischen

Volkes begangen worden sind, wie dies vom damaligen Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Bundesminister Hans-Christoph Seebohm, erstmals beim Sudetendeutschen Tag im Jahr 1963 ausgesprochen worden ist.

In diesem Geist appellieren die Mitglieder der erweiterten Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft an den Präsidenten, die Regierung und die parlamentarischen Gremien sowie die Repräsentanten der gesellschaftlichen Organisationen der Tschechischen Republik, sich ihrerseits von völker- und menschenrechtswidrigen Aktionen wie der Entrechtung und Vertreibung der sudetendeutschen Volksgruppe zu distanzieren, menschenrechtswidrige Dekrete bzw. Gesetze aufzuheben und endlich zu Gesprächen mit den Vertretern der Betroffenen über die Probleme aus der Vergangenheit und Lösungsmöglichkeiten für eine partnerschaftliche Zukunft bereit zu sein.

Tschechen und Sudetendeutsche könnten mit einer wahrscheinlich zunächst kontrovers angelegten, aber im Geist gegenseitigen Vertrauens vorgenommenen Aufarbeitung der Schrecken des 20. Jahrhunderts allen politischen Kräften in Europa signalisieren, daß sie mit dem Willen in das 21. Jahrhundert eintreten, die grundlegenden Rechte für alle Menschen, Volksgruppen und Völker auf unserem Kontinent zu sichern und damit ein Beispiel für ähnlich gelagerte Probleme in der ganzen Welt zu geben.

Zum „Sichtbaren Zeichen“

Die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft begrüßt es, daß die Bundesregierung in Berlin das „Sichtbare Zeichen“ als Erinnerungs- und Mahnstätte gegen Vertreibungen errichten will. Die Delegierten sehen es als Fortschritt an, daß sich seit dem Regierungswechsel in Warschau die polnische Haltung zu diesem Vorhaben verbessert hat.

Die Bundesversammlung ist der Auffassung, daß die Vertreibung der Deutschen nicht monokausal erklärt werden kann. Die Ursachen der Vertreibungen nur auf Hitler und den Zweiten Weltkrieg zu reduzieren, ist eine Geschichtsfälschung. Vielmehr gehören zu den wesentlichen Ursachen auch die nationalistischen Ziele, die ihren Ursprung zum Teil im 19. Jahrhundert hatten und die kommunistische Expansionspolitik.

Die Bundesversammlung appelliert an die politischen Gremien, dafür zu sorgen, daß die Geschichte im „Sichtbaren Zeichen“ objektiv dargestellt wird.



Die Bundesversammlung wählt eine neue Spitze.

Fotos: Fischer

Bis zum letzten Atemzug...

Einer der 47 Sudetendeutschen, die sich an den UNO-Menschenrechtsausschuß gewandt haben, hat diesen ebenso berührenden wie aufrüttelnden Brief an die „Sudetenspost“ geschickt:

Da ich einer der 47 sudetendeutschen Beschwerdeführer aus Österreich und Deutschland bin, die sich nach Abweisung ihrer Beschwerde durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) nun an den UNO-Menschenrechtsausschuß gewandt haben, will ich meine persönliche Meinung zu dem „Teilerfolg“, wonach nun die tschechische Regierung sich innerhalb von sechs Monaten äußern müsse, ob es effektive innerstaatliche Rechtsbehelfe in ihrem Land gibt, die den Sudetendeutschen weiterhelfen, ihre Anliegen durchzusetzen, sehr wohl äußern!

Wie Sie richtig schreiben, gibt es diese innerstaatlichen Rechtsbehelfe für die Vertriebenen nicht und und sie wird es auch in Zukunft NIEMALS geben! Also wird die Beschwerde weiter über diese sechsmonatige Frist hinaus verschleppt und Prag in bewährter Weise dieses Spielchen auch mit weiteren Schritten des UNO-Ausschusses, so es welche gibt, weitertreiben. Trotzdem, meine ich, daß es wichtig war und ist, mit der „Sudetendeutschen Initiative“ für seine Rechte zu kämpfen, auch wenn sich ÜBERHAUPT KEIN ERFOLG in Form einer Restitution ergeben sollte. Für MICH geht es pri-

mär darum, das internationale Ansehen meiner Volksgruppe hinsichtlich der geschichtlichen Vorgänge nach Kriegsende wiederhergestellt und korrigiert zu wissen. Und das tragische Schicksal meiner Heimat wieder in Erinnerung gebracht zu haben.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit und deren Konsequenzen verjähren bekanntlich nicht! Menschenrechte sind für ALLE da, auch wenn sich die Sieger von damals bis heute die Ohren zuhalten und viele in der heutigen Zeit meinen, „laßt doch die Vergangenheit ruhen und schürt nicht den Völkerhaß!“ Dem halte ich, der selbst der Erlebnisgeneration angehört, entgegen: „Sollen wir unseren Nachkommen Scheuklappen auflegen, ihnen verschweigen, was in Auszig, Prag, Reichenberg, Troppau, Iglau, Mährisch Ostrau, Brünn, Znaim, Pilsen und in all den anderen Orten damals geschehen ist? Sollen wir nur täglich hören und lesen, was in Dachau, Auschwitz und Mauthausen passierte? Wir Sudetendeutsche fordern gleiche Gerechtigkeit AUCH FÜR UNS!“

Mein Atem wird nicht so lange sein, das zu erleben, aber ich werde bis zum letzten Atemzug für Gerechtigkeit eintreten! Und die „Sudetendeutsche Initiative“ soll wenigstens aufzeigen, daß es noch EINIGE unter uns gibt, die für Heimmattreue, Recht und gegen Geschichtsfälschungen – auch ohne politische und sonstige Unterstützung – ankämpfen!



Bernd Posselt MdEP (links), Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, und Franz Pany, Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft.



Sprecher Bernd Posselt und Vorsitzender Franz Pany mit den österreichischen Vertretern in der Sudetendeutschen Bundesversammlung: Peter Ludwig, Alfred Bäcker, Wolf Kowalski und Gerhard Zeihsel (von links).

SLOÖ fährt nach Wien zum Märzgedenken

Busabfahrt am Samstag,
dem 15. März 2008:

7.00 Uhr ab Wels – Friedhof (gute Parkmöglichkeiten)

7.20 Uhr ab Friedhof St. Martin – Bundesstraße

7.25 Uhr ab Linz, Böhmerwaldblock, Daphnestraße

7.35 Uhr ab Linz, Hauptbahnhof – Bushaltestelle

8.00 Uhr ab Enns, Tankstelle Autobahnauffahrt (für Enns, Freistadt, Steyr)

10.00 Uhr an Wien („Haus der Heimat“ für Teilnehmer an der erweiterten Bundesvorstandssitzung)

Für Teilnehmer, die an der erweiterten Bundesvorstandssitzung nicht teilnehmen, ist ein **Kultur- u. Besichtigungsprogramm** mit Prof. Wolf Kowalski geplant.

Fahrtpro Person: Euro 10,-

Liebe Landsleute, liebe Freunde und Jugend! Nehmen Sie an dieser für unsere Volksgruppe wichtigen Gedenkveranstaltung teil!

Anmeldung bitte sofort bei:

Fam. Schaner, 4600 Wels, Tandlerstraße 13,
Tel.: 0 72 42 / 47 1 50, Fax: 0 72 42 / 20 63 53



Erben von Beneš-Opfern mit Erfolg vor Höchstgericht

Das Finanzministerium muß sich mit den Restitutionsansprüchen der Nachfahren ehemaliger Eigner von Industriebetrieben beschäftigen, die nach dem Krieg aufgrund der Beneš-Dekrete verstaatlicht wurden. Dies hat nun das Verfassungsgericht in Brunn (Brno) entschieden.

Der Entscheid bezieht sich auf die Klage der Familie Porkert, die eine Entschädigung für die Verstaatlichung des gleichnamigen Küchen-

geräte-Herstellers fordert. Die Familie Porkert hatte 1990 die Fabrik zwar zurückerhalten, weil die Anlagen jedoch in einem schlechten Zustand waren, forderte sie im Jahre 2003 das Finanzministerium auf, ein Entschädigungsverfahren aufzunehmen. Das Ministerium lehnte den Antrag jedoch ab und das Oberste Verwaltungsgericht entschied später im Sinne des Finanzressorts.

Scheitern der Präsidentenwahl sorgt für Turbulenzen in Prager Koalition

Die tschechische Präsidentenwahl auf der Prager Burg war für Ministerpräsident Mirek Topolánek und seine konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) eine herbe Niederlage. Ihr Kandidat, der ODS-Ehrenvorsitzende und amtierende Staatschef Václav Klaus, war in der Favoritenrolle gegenüber dem tschechisch-amerikanischen Wirtschaftsprofessor Jan Švejnar ins Rennen gegangen. Letzteren unterstützten die mitregierenden Grünen, die oppositionellen Sozialdemokraten (CSSD), ein Teil der mitregierenden Christdemokraten (KDU-CSL) und die meisten unabhängigen Senatoren.

Weder Klaus noch Švejnar gelang es, die erforderliche Mehrheit zu erzielen. Aber die ODS muß eigentlich gleich zwei Schläge hinnehmen: Neben der gescheiterten Wiederwahl ihres Kandidaten auch die verlorene Schlacht um das Abstimmungsverfahren am Freitag. Die Konservativen wollten geheim votieren – in der Hoffnung, daß es ihnen wie bei der Präsidentenwahl 2003 gelingen könnte, auch in den Reihen der CSSD nach Stimmen für Klaus zu fischen. Die CSSD hat bekanntlich Schwierigkeiten mit der Parteidisziplin in ihrer Fraktion. Außerdem ist kein Geheimnis, daß Klaus auch für einige kommunistische Parlamentarier (KSCM) annehmbar wäre. In der öffentlichen Abstimmung, die die CSSD mit Hilfe der übrigen Parteien am Freitag abend schließlich durchsetzte, hat aber kaum jemand aus der Linken gewagt, seine Stimme Klaus zu geben.

Die ODS hatte gehopt, daß eine öffentliche Abstimmung ihr Ziel gefährden würde. Parteichef Topolánek war so sauer, daß er die Nerven nicht im Zaum halten konnte und schon bei der ersten Abstimmung alle im Saal Anwesenden wörtlich „in den Ar...“ schickte. Hätte er gewußt, daß die TV-Mikrofone so sensibel sind und den Ausrutscher an die Öffentlichkeit weitertragen würden – er hätte ihn sich wohl gespart.

Aber auch das Gegenlager um Švejnar hat indes nicht viel Grund zur Freude. Die Wahl hat gezeigt, daß die Aussichten des „Anti-Klaus“ auf das höchste Staatsamt eingeschränkt sind. Das wurde besonders in der dritten Abstimmung deutlich. Da enthielten sich die KSCM-Vertreter absichtlich der Stimme, obwohl sie Švejnar in

den zwei ersten Abstimmungen unterstützt hatten – und zwar weniger aus Antipathie gegenüber dem rechtsliberal gesinnten Ökonomen als vielmehr aus taktischen Gründen. Seit 1989 in der politischen Isolation und ohne potentiellen Regierungspartner, haben sich die Kommunisten einen Wunsch erfüllt und ein Signal gesandt: „Mit uns muß man rechnen.“

Die gescheiterte Präsidentenwahl wird wahrscheinlich neue Zwietracht in Topoláneks Koalition säen. Erwartet werden besonders Spannungen zwischen der ODS und den Grünen. Die ODS war darüber verärgert, daß die Grünen als Koalitionspartner der ODS nicht Klaus, sondern Švejnar unterstützen wollten. Der Chef der Grünen, Vizepremier und Umweltminister Martin Bursík, hatte erklärt, in dem Koalitionsvertrag gebe es keine Vereinbarung hinsichtlich des Präsidentschaftskandidaten.

Außerdem änderten die Grünen zwei Tage vor der Wahl plötzlich ihre Meinung hinsichtlich des Wahlprozederes. Zunächst wollten sie wie die ODS eine geheime Abstimmung, dann doch eine öffentliche. Der Grund: Die ODS habe erklärt, daß es um Švejnar ein „Korruptionsmilieu“ gäbe. Um jeden Verdacht etwaigen Stimmenkaufs zu vermeiden, sei ein öffentliches Votum erforderlich, so die Grünen. Darüber hinaus kritisierten die Grünen Klaus in den Debatten vor der Wahl heftig. Topolánek soll den Grünen sogar gedroht haben, sie aus der Koalition zu schmeißen, wie Medien spekulierten. „Das bedeutet ein Ende“ (der Koalition), meinte angesichts des Zerwürfnisses Industrie- und Handelsminister Martin Říman (ODS). Allerdings muß die ODS vorsichtig sein – ohne die Grünen fehlt der Regierung die Mehrheit im Abgeordnetenhaus.



STIMME VON DER MOLDAU
EMANUEL MANDLER

FRIEDEN IN EUROPA

Auch wenn vom Atlantik bis zu den ukrainischen Steppen ständig Unstimmigkeiten über die Gültigkeit irgendwelcher Kommoditäten und über die Gewinnung von Positionen in der Europäischen Union existieren, gibt es einen markanten Unterschied zwischen dem heutigen Europa und dem des vergangenen Jahrhunderts. Das Europa der vergangenen Jahrhunderte war ein Kontinent voll religiöser und später nationaler Unstimmigkeiten und Kriege. Die Epoche wurde durch den Zweiten Weltkrieg abgeschlossen; es war klar, daß ein weiterer so schrecklicher Konflikt nicht denkbar ist. Das war eines der Hauptmotive zur Entstehung der heutigen Europäischen Union. Als Folge dessen ist die heutige Situation eine andere als in der Vergangenheit. Mit den Worten eines Dichters gesagt, wölbt sich im Unterschied zur Vergangenheit über Europa ein Regenbogen des Friedens. Die Natur des Menschen ist so, wenn längere Zeit kein Krieg ist, denkt sich der Mensch dann leicht, daß es immer so bleibt.

Nur so lange die Menschheit besteht, war es immer umgekehrt – und das ist nicht nur die Frage Europas. Die Menschen können nicht allein leben, sie tun sich zu Gruppen zusammen und die kämpfen dann gegeneinander um ein Territorium, um Macht, um Besitz – eben so, wie man das aus der Geschichte sehr gut kennt. Betrachtet man die heutige Welt, in der die westliche Zivilisation unmittelbar vom Osten her bedroht ist (Nordkorea, Iran aber auch von Südamerika), und möglich auch von anderen Seiten her), müssen wir nur froh sein, daß wir immer noch in Frieden leben.

Die logische Reaktion auf solche Situationen stammen aus alten Zeiten; willst Du den Frieden, so bereite den Krieg vor. Anders gesagt, Du mußt so bewaffnet sein und so sehr auf einen Kriegskonflikt vorbereitet sein, damit es sich der Feind gut überlegt, einen eventuellen Angriff vorzunehmen. Beachtenswert ist, daß die europäische Reaktion eher von gegenteiligen Prinzipien ausgeht: Wir wollen den Frieden, deshalb müssen wir uns aufgrund eines Appeasements mit problematischen Regimen der eigenen Abrüstung widmen. Wir gelangen dazu, im Vergleich mit anderen eventuellen Gegnern so schwach wie möglich zu sein. Ein schwaches Europa bietet sich selbst einem even-

tuellen Widersacher wie eine Birne auf einem Servierteller an: Willst Du mich, so laß es Dir gut schmecken. Man kann sich nur schwerlich eine schlimmere Politik in unserer gefährlichen Welt vorstellen als gerade diese.

Nirgends wird gesagt, daß in der nächsten Zeit ein Kriegskonflikt entsteht, wo auf der einen Seite Europa stehen würde. Ausgeschlossen ist das nicht. Auf alle Fälle gilt die Losung, willst Du Frieden, bereite den Krieg vor, was man noch mit einer Aufforderung ergänzen könnte: Beeile Dich mit der Verteidigung des Staates und der Gesellschaft.

Diese scheinbar kriegerischen, in Wirklichkeit aber ganz nötigen Prinzipien für die Erhaltung des Friedens sind selbstverständlich hauptsächlich eine Frage der Staatsführung. Aber immerhin liegt es auch sehr stark an der Verfassung der Bevölkerung, genauer gesagt, liegt es auch daran, wie es die Bevölkerung vermag, diszipliniert zu sein, und wie sie sich mit anderen Völkern verträgt, die in der Vergangenheit haßerfüllt waren, ja sich sogar gegenseitig gehaßt haben. In der Ecke Europas, in der wir leben, ist diese Frage nicht nur ungewöhnlich interessant, sondern auch wichtig. In der Vergangenheit standen sich die Ungarn und die Slawen, die Polen und die Russen, ebenso wie die Polen und die Deutschen gegenüber, von Deutschen und Tschechen ganz zu schweigen.

Ich habe erwähnt, daß die Erhaltung des Friedens vor allem eine Angelegenheit der Staatsführung ist. Das heißt aber nicht, daß es auf die Bevölkerung und auf die Völker nicht ankommt. Je schneller es gelingt (häufig bedeutende), Reste alter Unstimmigkeiten und Haß zu beseitigen, umso kompakter und effektiver ist die Verteidigung Europas.

Die Tschechen hassen die Deutschen seit jeher; der Haß wird im Laufe der Zeit zweifellos auch schwächer. Dagegen scheint der Haß der Tschechen gegen die Sudetendeutschen aber ewig zu sein. In den Zusammenhängen, über die wir sprechen, scheint der tschechisch – sudetendeutsche Konflikt ein kleiner, unbedeutender Tropfen zu sein. Ein kleiner Tropfen ist es auch wirklich, aber unbedeutend ist er keinesfalls. Jeglicher Haß in Europa, dieser nicht auszunehmen, trägt zur Desintegration des Kontinents bei, und das Bemühen, sich ökonomisch zu vereinen, erlangt nur schwer das entsprechende Gewicht, wenn es nicht begleitet wird durch eine Integration der Menschen, der Bürger und einem internationalen Übereinkommen. Wir wissen nicht, wie die Situation in einigen Jahren in Mitteleuropa, wo wir leben, aussehen wird. Aber wir wissen, daß das Bestreben der tschechischen Regierung, Gespräche mit Institutionen der vertriebenen Deutschen zu verhindern, dieser Situation bestimmt nicht gut tut. Ganz im Gegenteil hätte das Bestreben über die gegenseitige Annäherung in diesem Sinne bestimmt eine positive Bedeutung.

Daß ich von etwas spreche, was man als nicht durchführbar erachten kann? Je weniger wir davon sprechen werden, umso mehr tragen wir zur Desintegration bei – vor allem in Mitteleuropa. Und wie so eine Desintegration mit Kriegsdrohungen zusammenhängt, davon haben wir schon am Anfang gesprochen.
Von Emanuel Mandler

Sudetendeutsches Gedenken

zum 89. Jahrestag des Bekenntnisses zu Österreich und zum Selbstbestimmungsrecht 63 Jahre nach der Vertreibung

Die Sudetendeutschen in Österreich und ihre Freunde gedenken alljährlich der 54 Opfer des 4. März 1919, die für das Selbstbestimmungsrecht und die Zugehörigkeit zu Österreich gefallen sind. Sie gedenken aber auch der mehr als 241.000 Toten der schrecklichen und unmenschlichen Vertreibung. Die Gedenkstunde halten wir nicht nur zur ehrenden Erinnerung an diese Toten, sondern sie soll auch an unsere unerläßliche Verpflichtung mahnen, für Recht und Freiheit aller Menschen und Völker einzutreten.

Es spricht **Abg. z. NR. Barbara Rosenkranz**
zum Thema

SUDETENDEUTSCHE SCHICKSALSJAHRE
1918 – 1938 – 1948

Samstag, 15. März 2008, 15.00 Uhr

Haus der Begegnung, Mariahilf, 1060 Wien, Königseggasse 10

Kommen Sie zu dieser Gedenkstunde, wenn möglich, in Tracht!

Bringen Sie Ihre Familie und auch Freunde mit. – Einlaß ist ab 14.30 Uhr. – Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Der Eintritt ist frei, Spenden erbeten. – Zu erreichen mit der U3 (Haltestelle Neubaugasse) und mit der Autobuslinie 57A (Haltestelle Esterhazygasse).

Die musikalische Umrahmung erfolgt durch den Leopoldauer Musikverein.

Kirchen-Restitution gefährdet Beneš-Dekrete

Der Regierungsvorschlag zum Gesetz über die Kirchenrestitution, welche das Abgeordnetenhaus verabschiedet wird, stößt auf erste rechtliche Probleme, berichtet die tschechische Zeitung „Lidove noviny“ in einem hier übersetzten Beitrag von Marek Kerles:

Diese Probleme sind derart, daß sie in das brennende Thema der bisher nicht anzuzweifelnden Beneš-Dekrete eingreifen. Obwohl die Regierung den Klöstern das Eigentum in Naturalform zurückgeben und die Kirche für die Beschlagnahme des Besitzes entschädigen will, zeigt es sich schon heute, daß die Wiedergutmachung des Eigentumsunrechtes gegenüber den Kirchen ganz und gar nicht einfach wird.

Ein Beispiel dafür könnte der Orden der Zisterzienser in Hohenfurth sein, welcher vor dem Krieg mit 4000 Hektar Wald, mit einem Bräuhaus und einer Menge von Grund und Boden zu den reichsten Orden bei uns gehörte. Nur daß – obzwar die Zisterzienser als harte Gegner des Nazismus unter anderem auch dadurch berühmt geworden sind, daß sie im Jahre 1938 Adolf Hitler nicht in das Kloster ließen – in den Grundbüchern als letzter Eigentümer des klösterlichen Besitzes gerade „Hitlerdeutschland“ eingetragen ist. Und das nichts desto weniger, als daß sich auf das Eigentum des Ordens nach dem Krieg noch dazu die Beneš-Dekrete beziehen sollten. Der Orden der Zisterzienser würde demnach laut dem Vorschlag des Regierungsgesetzes auf die Rückgabe seines Eigentums überhaupt keinen Anspruch haben.

„Die Hohenfurth Zisterzienser besaßen im entscheidenden Zeitraum, also am 25. 2. 1948,

die Wälder nicht. Sie wurden ihnen demnach schon drei Jahre früher auf Grund der Beneš-Dekrete beschlagnahmt“, sagte gegenüber „Lidove noviny“ Andrea Kroupová von der Presseabteilung „Wälder“ der ČR. Sie fügte hinzu, daß sie von der Information ausgeht, die vom Landwirtschaftsministerium angeboten wurde. Auf der Grundlage der Angaben, die wiederum vom Kulturministerium dargeboten wurden. „Aus der Sicht des beantragten Gesetzes kann sich demnach eine Naturalrestitution auf die Hohenfurth Zisterzienser nicht beziehen“, sagte Kroupová.

Den Repräsentanten des Ordens haben die „ministeriellen“ Informationen unliebsam überrascht. „Das ist nicht möglich, ich will dies nicht glauben“, sagte der „Lidove noviny“ Prior Justin, der heutige Vorstand des Hohenfurth Klosters. Den Zisterziensern sei, sagt er, allerdings in den Zeiten des Kommunismus das Archiv verlorengegangen, die Ordensbrüder sahen jedoch angeblich nie ein Dokument darüber, daß ihnen ein Eigentum auf Grund der Beneš-Dekrete beschlagnahmt wurde, und dies auch nicht bei Gericht. Die Zisterzienser argumentierten darüber hinaus damit, daß sie auf ihrem Eigentum bis in das Jahr 1950 gewirtschaftet haben, als das Kloster durch die Kommunisten aufgelöst wurde. „Falls sich die Beneš-Dekrete auf uns bezogen hätten, hätten wir schwerlich nach dem Jahre 1945 über unser Kloster verfügen können“, führte Justin aus. Der Anwalt des Ordens, Tomas Holas, findet allerdings eine bestimmte mögliche Erklärung. „Nach dem Krieg gab es tatsächlich Versuche, und dies von sel-

ten des damaligen Landwirtschaftsministers der Regierung der Nationalen Front während der Zeit der Kommunisten, Jul. Duris, daß den Zisterziensern das Eigentum auf Grundlage der Beneš-Dekrete abgenommen werde. Nur, daß das Verwaltungsgericht diesen Versuch abgelehnt hat, worüber wir Dokumente haben“, sagte Holas zur „Lidove noviny“.

Die Dekrete beziehen sich auf Verräter und Kollaborateure, demnach können sie sich nur schwerlich auf ein Kloster mit solch einem antinazistischen Standort beziehen. Als im Jahre 1937 im Sudetenland eine antitschechische Stimmung den Höhepunkt erreichte, hat der damalige Abt des Klosters, Tecellin Jaksch, Herrn Edvard Beneš im Kloster empfangen und nahm von ihm eine Präsidentenstandarte entgegen. Um ein Jahr später bewiesen die Klosterbrüder einen noch viel größeren Mut. Währendem tausende deutsche Bewohner nach der Besetzung der Sudetengebiete Adolf Hitler als Befreier begrüßten, hat es der Abt Jaksch abgelehnt, das Klostersort dem Hitler zu öffnen. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Das Kloster wurde im Jahre 1941 aufgehoben, von Hitler beschlagnahmt. Jaksch endete nach einem halben Jahr Gefängnis in Linz und weitere fünf Ordensbrüder im Konzentrationslager. Über die Heldenhaftigkeit der Zisterzienser und besonders des Abtes Jaksch existierten eine Menge Beweise in der Fachliteratur.

Wie ist es also möglich, daß das Kulturministerium in seinen Eintragungen die Beschlagnahme auf Grund der Beneš-Dekrete in Evidenz hat? Der Rechtsanwalt Holas begründet dies mit dem schlechten Funktionieren der Behörden am Vorabend des kommunistischen Putsches. „Wir haben zwar einen Entscheid des Gerichtes, welcher die Gültigkeit der Beneš-Dekrete für den Besitz des Ordens zurückweist, die Eigentumsbewegungen nach dem Krieg hat jedoch niemand in die Grundbücher eingetragen“, behauptet Holas. Als letzter Eigentümer

des Klosters und seiner Immobilien figuriert also „Adolf Hitler“ in den Grundbüchern.

Der Regierungsentwurf des Gesetzes über die Kirchenrestitution spricht jedoch eine klare Sprache. Der Besitz kann nur jenen Klöstern zurückgegeben werden, die dessen Eigentum per 25. 2. 1948 nachweisen.

Anders wäre nämlich die bisherige nicht zu bezweifelnde Grenze für die Restitution durchbrochen, was klar auch viele weitere Rechtsprobleme und Prozesse bedeuten würde. „Wir kennen dieses Problem und bemühen uns, dieses irgendwie zu lösen“, sagte der stellvertretende Kulturminister Jaromír Talif zu „Lidove noviny“.

Der Staat steht – nach seinem Dafürhalten – vor einem schweren Dilemma. Soweit er sich mit den Kirchen gerecht einigen will, welche vom kommunistischen Regime verfolgt waren, kann er nicht auf die Zisterzienser und weitere ähnliche Orden, deren Besitz zumindest in den Grundbüchern immerfort „Hitler“ gehört, verzichten.

Nebst den Zisterziensern geriet nämlich zum Beispiel auch der Orden der „Brüder des Hauses der Jungfrauen Maria in Jerusalem“ – die Vorkriegs-Besitzer von 15.500 Hektar Wald in Böhmen – in eine ähnliche Situation. Zugleich hat angeblich das Kulturministerium eine klare politische Meinung darüber, daß es die bisher gültige Restitutionsgrenze nicht durchbrechen darf und die Beneš-Dekrete nicht anzuzweifeln sind. Der Regierungsentwurf des Gesetzes über die Kirchenrestitution rechnet damit, daß der Staat den Orden und Kongregationen den durch die Kommunisten beschlagnahmten Besitz in Naturalform zurückgibt, was ungefähr ein Drittel des gesamten Kirchenbesitzes in Tschechien vor dem Beginn des Kommunismus darstellt. Weitere zwei Drittel im Wert von 83 Milliarden Kronen wird der Staat den Kirchen während der Zeit von sechzig Jahren mit den dazugehörigen Jahreszinsen abzahlen.

Massaker von Postelberg im tschechischen Fernsehen

Nach Umfragen der tschechischen Agentur CVVM betrachtet immer noch etwa die Hälfte der tschechischen Bevölkerung die Vertreibung der Sudetendeutschen als richtig. Kein Wunder, wenn man an die ständige einseitige Darstellung durch die tschechischen Medien, an die Glorifizierung von Beneš durch die tschechischen Politiker und deren Festhalten an den rassistischen Beneš-Dekreten denkt. Um dies zu ändern, bedarf es vor allem einer Bewußtseinsänderung durch Aufklärung. In dieser Richtung haben einige, wenn auch wenige, intellektuelle Tschechen gewirkt, die sich mit der Aufarbeitung der Nachkriegsvergangenheit befaßt haben. Erheblich zur Aufklärung der tschechischen Bevölkerung beigetragen haben auch einige Sudetendeutsche aus dem Heimatkreis Saaz. Dies gelang durch Öffentlichkeitsarbeit in der ČR in Zusammenarbeit mit Tschechen, die willens waren, auch diese dunklen Stellen ihrer Geschichte aufzuarbeiten. Durch die Öffentlichkeitsarbeit in der Tschechischen Republik haben sie vor allem wieder die Postelberger Massenmorde in den tschechischen Medien zur Sprache gebracht.

Am 17. Dezember des vorigen Jahres wurde vom 2. Tschechischen Fernsehen im Rahmen des Serials „Historie.cs“ eine Sendung unter dem Titel „Auch Morde begrüßten den Frieden“ (Také vraždy přivítaly mír) ausgestrahlt, die mit schonungsloser Offenheit über die Postelberger Massenmorde berichtete. In einem Fernsehinterview des Moderators Vladimír Kučera (mit dem Historiker Jaroslav Kučera), dem Politologen Rudolf Kučera und Adrian von Arburg wurde über die Massenmorde in Postelberg und in Prerau gesprochen.

Die Sendung begann mit einem kurzen Vorspann, in dem die Deutsche Wehrmacht gezeigt und von den Nazi-Verbrechen gesprochen wurde. Dies ist nichts Neues, denn auch die im Deutschen Fernsehen gezeigten Sendungen über die Vertreibung beginnen mit Aufzählung der Naziverbrechen. Es gehört scheinbar zum Ritual und scheint mir ein Zugeständnis zu sein, damit die Sendung überhaupt gebracht werden darf. Am Anfang des Interviews erfolgte folgende Schilderung: „Die Stadt Postelberg wurde durch den Hauptstab des tschechischen Verteidigungsministeriums zum Hauptstandort des 1. Divisionsstabs bestimmt. Ende Mai wurden drei Operationsgruppen nach Postelberg verlegt. Sie erhielten von General Spaniel die Aufgabe zugeteilt, die Deutschen für den „odsun“ zu konzentrieren und führten ihn durch. Zuerst wurden die Einwohner von Postelberg versammelt, einige Tage später auch die von Saaz. In der Zwischenzeit wurden schon mehrere hundert Deutsche aus Postelberg direkt in der Kaserne erschossen. Und bis zur Junihälfte wur-

den dann noch einige hundert Saazer schon außerhalb der Kaserne erschlagen oder erschossen“.

Eingeblendet wurde Peter Klepsch als Zeitzeuge, der erzählte, daß der Postbeamte Gänzel, ein Sozialdemokrat, der auf dem Saazer Marktplatz zu spät erschienen war, erschossen und mit einem Motorrad mehrmals überfahren wurde, wobei sich seine Eingeweide am Rad verfangen. Im weiteren wurde die Frage erörtert, ob bei den Morden auf schriftlichen Befehl gehandelt wurde?

„Zu diesen Taten forderten auch höchste Repräsentanten des Staates auf. Beneš sprach schon in London davon, daß das Kriegsende mit Blut geschrieben wird und sprach von Liquidierungen, und wenn man dann die Äußerungen einiger tschechoslowakischer Generäle betrachtet, so waren diese ähnlich.“

Weitere Zeitzeugen waren Fritz Goetschel, die über Vergewaltigungen deutscher Frauen im Lager berichtete und Dr. Kurt Eckert, der darüber sprach, daß er immer noch nach den Erlebnissen in der Postelberger Kaserne an einem Trauma leidet. Viele Themen wurden noch ganz offen diskutiert, zum Beispiel das sogenannte Amnestiegesetz von Beneš, die Massenmorde von Prerau, über die Zahl der Opfer dieser Verbrechen und darüber, daß die Täter der Massenmorde nicht bestraft worden sind.

Von Dr. Adalbert Wollrab

MÄRZGEDENKEN IN OÖ

Die Sudetendeutschen gedenken alljährlich der 54 toten Frauen, Männer und Kinder, die gewaltlos für das Selbstbestimmungsrecht und die Zugehörigkeit zu Österreich demonstriert haben und von tschechischem Militär erschossen wurden, sowie aller Opfer von Vertreibung und politischer Willkür seither.

**Freitag, 7. März 2008, 15.30 Uhr
beim Sudetendenkmal im Ennsner Schloßpark**

Begrüßung durch den Obmann der SL Enns-Neugablonz
Kranzniederlegung am Denkmal

Worte des Gedenkens von Landesobmann Ing. Peter Ludwig

Anschließend, um 16.00 Uhr, im Auerspergsaal des Schlosses Ennsegg,
Vortrag mit Bildern von Frau Berta Eder:

„Erinnerungen an die Pflanzenwelt Südböhmens“

Wir laden dazu nicht nur unsere Heimat- und Bezirksgruppen aus Oberösterreich ein, sondern alle Landsleute und Freunde, die mit uns gemeinsam aller Opfer gedenken.

Für den Landesvorstand

Ing. Peter Ludwig

Horst Schubert

CDU: Prag muß nach UNO-Entscheid die Beneš-Dekrete thematisieren

Zum jüngsten Beschluß des UN-Menschenrechtsausschusses in der Frage der Restitution konfiszierten Eigentums in der Tschechischen Republik und zu der Gründung des Instituts zur Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit in Prag, erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU / CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme MdB: Zum wiederholten Male hat der UN-Menschenrechtsausschuß sich mit den Möglichkeiten der Restitution von im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen konfiszierten Eigentums in der Tschechischen Republik beschäftigt. Zum wiederholten Male wurde dabei festgestellt, daß die in der Tschechischen Republik bestehenden Regelungen mit dem Völkerrecht nicht konform gehen.

Dabei wurde erklärt, daß es in der Tschechischen Republik keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen und Rechtsbehelfe gebe, um Verfahren über das im Zuge der Vertreibung

konfiszierte Eigentum innerstaatlich ordnungsgemäß durchzuführen.

Auch wird darauf verwiesen, daß heute noch die Beneš-Dekrete bei der Bestätigung des Status quo angewandt werden.

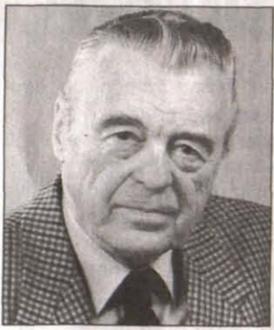
Bereits im Herbst 2001 hat sich der Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen mit dem 1992 geschaffenen tschechischen Restitutionsgesetz (Gesetz 243 / 1992) befaßt und dessen diskriminierende Wirkungen aufgezeigt. Seinerzeit war das Gesetz zur Restitution von Vermögen so geändert worden, daß der ununterbrochene Fortbestand der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft bis 1990 zur Grundvoraussetzung für eine Restitution wurde. Dies wurde als diskriminierend gegenüber Flüchtlingen und Vertriebenen, die zuvor schon durch die Anwendung der Beneš-Dekrete ihre Staatsbürgerschaft verloren hatten, kritisiert.

Mit dem jüngsten Beschluß des UN-Menschenrechtsausschusses ist es wieder einmal

deutlich geworden, daß der Fortbestand der Teile der Beneš-Dekrete, die sich mit den deutschen und ungarischen Bevölkerungsgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei befassen, weder mit dem Völkerrecht noch mit den Rechtsgrundsätzen der Europäischen Union konform gehen.

Es wäre daher ein großer Fortschritt für ein Rechts- und Wertesystem der Europäischen Union, wenn die Tschechische Republik ihre bisher starre Haltung in bezug auf den Fortbestand der Beneš-Dekrete aufgeben würde.

Bedenklich ist nach Ansicht Frommes auch, daß in Prag ein neues Institut zur Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit des Landes eröffnet worden ist, wobei laut Medienberichten die Jahre 1945 bis 1948 keine Behandlung erfahren sollen. Es wäre ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte im Hinblick auf eine dauerhafte Aussöhnung, wenn man die Vertreibung der Deutschen nicht ausklammern würde.



Von
Gustav
Chalupa

Der Wettlauf um den Stuhl des Staatspräsidenten auf dem Hradtschin verläuft in Fortsetzungen. Vorangegangen waren den eigentlichen Wahlgängen im Spanischen Saal der Prager Burg ermüdende Debatten über das Prozedere und gegenseitige Anschuldigungen der Wahlberechtigten über Einschüchterungsversuche des Gegners – über lukrative Angebote zum Kauf von Stimmen hörte und sah man im tschechischen Fernsehen nichts. Das komplizierte Wahlsystem zwischen Parlament, Senat vice versa, das wie Unterhaus und Oberhaus anmutet, erbrachte nach den ersten Runden ein Unentschieden. Eine Stimme fehlte dem Amtsinhaber Václav Klaus zur notwendigen Majorität von 140 Stimmen bei 281 Abgeordneten, während es sein Konkurrent Jan Švejnar auf nur 113 Stimmen gebracht hatte.

Immerhin eine unerwartete Überraschung, daß der der Öffentlichkeit nahezu unbekannt Tschecho-Amerikaner Jan Švejnar, der als Dreizehnjähriger aus der kommunistischen Tschechoslowakei mit seinen Eltern in die USA geflüchtet war, einen solchen Achtungserfolg einfahren konnte. Švejnar zwang mit seinem amerikanisch anmutenden Wahlkampf in nur zwei Monaten den eiteln Václav Klaus von den lichten Höhen der Prager Burg in die korrupten Niederungen des politischen Alltags Böhmens und Mährens. Während seiner Tournee durchs Land sammelt er auf gut besuchten Veranstaltungen Sympathien. Vor allem die Studentenschaft und Jungwähler

begrüßten den frischen politischen Stil des 55jährigen Wirtschaftswissenschaftlers aus den USA! Václav Klaus, der sich in dem von Masaryk geprägten Stil eines „Ersatzkönigs“ auf dem von deutschen Kaisern – Karl IV. und Rudolf II. – erbauten Prager Hradtschin hoch über der Moldau gefiel, fiel aus allen Wolken und mußte sich letztlich sogar einer indirekten Kontroverse mit Švejnar im Fernsehen stellen, den er vordem empört abgelehnt hatte. Die beiden Ökonomen vertreten konträre Konzepte, so daß allgemein von einem „Wettkampf der Professoren“ berichtet wurde. Václav Klaus präsentierte sich als das stabile Element der tschechischen Politik und versprach, weiterhin ein guter „tschechischer Patriot“ zu bleiben, was ihm vor allem bei der

Wettkampf der Professoren

älteren Generation noch viele Sympathien sichert. Insbesondere bei den Nutznießern des Jahrtausend-Raubzuges des Nachkriegsverbrechers Beneš an den deutschen Mitbürgern. Unrechtsbewußtsein bleibt vielen Tschechen fremd. Klaus forderte die Tschechen auf, nicht nervös zu werden, als ob sich die rasanten Entwicklungen in der Welt ihnen anpassen würden und nicht umgekehrt.

Jan Švejnar dagegen sieht die Zeit für „einen Wechsel“ gekommen und sprach sich für eine moderne, unabhängige Amtsführung über den Parteien aus – als Europäer, was bei einem Heimkehrer aus Amerika nicht gerade überzeugt.

Ein tschechischer Kommentator faßte zusammen: „Klaus vertritt ein Programm zum politischen Ausgedinge, Jan Švejnar bietet eine wichtige Agenda für die Zukunft!“ Der die Öffentlichkeit kaum bewegende Wettstreit der Präsidentenanwärter weckte schließlich doch noch Interesse. Vor allem bei den politischen Parteien, die von jedem der beiden Anwär-

ter Vorteile herauschlagen möchten. Klaus verwies auf den Präsidentenwettbewerb 2003, den er erst im 9. Wahlgang für sich entscheiden konnte. Nur halten ihm diesmal seine Kritiker nicht eingehaltene Wahlversprechen vor, was ein Vorteil für das innenpolitisch unbeschriebene Blatt Jan Švejnar war. Daß Grüne, ja selbst Abgeordnete der Klaus-Partei ODS für Švejnar stimmten, natürlich die oppositionellen Sozialdemokraten, spiegelt das bisherige Abstimmungsergebnis.

Bequem lehnen sich die Kommunisten zurück, die letzten Jünger Stalins in Mitteleuropa, und spielen Zünglein an der Waage. 2003 hatten sie die Wahl für Václav Klaus entschieden, die den bis dahin von Václav Havel Ausgegrenzten in der Prager Burg wieder gesellschaftsfähig machten. Besorgt fragt sich die Öffentlichkeit, was ihnen Klaus wohl diesmal bieten wird? Wie will der europaskeptische Klaus die EU-Ratspräsidentschaft 2009 zum Vorteil von Tschechien ausüben? Klaus, der die massive Kritik seiner Amtsführung eiskalt abprallen ließ, scheint dies kaum zu beeindrucken. Folgt also Klaus für weitere fünf Jahre im Präsidentenam? Bleibt alles beim Alten? Kaum, da die Auftritte des Sprechers der Parteien im Spanischen Saal auf dem Hradtschin selbst in der Koalitionsregierung tiefe Risse aufgezeigt haben. Daß der bisher von Klaus zwar abgeschirmte, aber ungeliebte Ministerpräsident Mirek Topolánek die Zeche für das Ausscheiden des grünen Regierungspartners ausbaden dürfte, drängt sich auf. Die Grünen, deren prominenter Mann Außenminister Karel Schwarzenberg ist, hatten sich vorbehaltlos auf der Seite Jan Švejnar engagiert und sich so als Regierungspartner der ODS von Ehrenpräsident Klaus und Topolánek disqualifiziert.

Die Entscheidung über den neuen Staatspräsidenten, egal welcher Richtung oder welcher Persönlichkeit, mutet so wie die Overtüre für tiefgreifende innenpolitische Beben in Tschechien an, einschließlich Änderungen der Verfassung, in der eine Volksabstimmung das Geschacher der Parteien um den Staatspräsidenten ersetzen soll.

Wir haben gelesen



Als Ergänzung der 2004 erschienenen Studie über „Zuckmantel in der Sudetenkrise 1938“ erschien im Herbst 2007 vom gleichen Verfasser Julius Graw das Buch: „Die Stadt Zuckmantel im Kreis Freiwaldau mit ihren Nachbarn 1918 bis 1938. Soziale Bedrängnisse und

staatliche Not in der sudetendeutschen Grenzregion des Altvaerlandes.“ ISBN-Nr. 978-3-936691-34-4. 186 Seiten. Preis: € 21,50 zuzüglich € 2,- Versandkosten.

Die Geschichte dieser Grenzregion des Altvaerlandes wird an vielen wesentlichen Beispielen aus der Sozialgeschichte und an Hand wichtiger Ereignisse bei den politischen Abläufen in der Zeit von 1918 bis 1938 dargestellt. Das Verhalten der betroffenen Menschen und ihre Mentalität stehen im besonderen Blickpunkt des Verfassers und sollen vor dem Vergessen bewahrt bleiben. Zahlreiches Bildmaterial, zum Teil bisher unbekannt, unterstützt das Vorhaben. Man erfährt viel Besonderes über die Entwicklung vor siebzig Jahren: Die Lord-Runciman-Mission, die sudetendeutsche Selbsthilfe, das Freikorps und die friedliche Eingliederung in das Deutsche Reich auf der Grundlage des Münchener Abkommens vom 29. 9.1938. Hier kann man in einem überschaubaren Gebiet die – fast wichtigsten zwanzig Jahre des Sudetendeutschums – an Hand der praktischen Entwicklung verfolgen und verstehen. G.Z.

Blutspendeaktion zum 4.-März-Gedenken

Unter dem Motto „Spende Blut – rette ein Leben, vielleicht ist es das Deine“, wird diese Aktion durchgeführt. Zum Gedenken an die Opfer der friedlichen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht und den Verbleib bei Österreich sowie der Opfer der schrecklichen Vertreibung, wo über 241.000 Menschen den Tod fanden, wollen wir eine soziale Tat setzen!

Die Aktion findet am Freitag, dem 14. März, von 15.00 bis 17.30 Uhr, in der Blutspendezentrale des Roten Kreuzes, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32 (mit Parkmöglichkeit), statt. Jeder im Alter von 18 bis 65 Jahren, der gesund ist, kann sich daran beteiligen – auch bei einer Erstspende.

Sollten Sie zwischen 15 und 17.30 Uhr nicht kommen können, sondern schon am Vormittag (ab 7 Uhr ohne Pause möglich), dann geben Sie bitte bei der Schwester **unbedingt** an, daß Sie zur Blutspendeaktion der Sudetendeutschen kommen. Aus organisatorischen Gründen wäre um Voranmeldung bei den Funktionären der Jugend beziehungsweise der SLÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien 3, Steingasse 25, Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr, Telefon und Fax: (01) 718 59 19, erwünscht, damit wir die Vorausplanung mit dem Roten Kreuz machen können. Eine Voranmeldung ist nicht Bedingung fürs Blutspenden, falls man sich erst im letzten Augenblick dazu entschließt!

Volleyball-Turnier in Biedermannsdorf

Dieses wird am Freitag, dem 7. März, in der Jubiläumshalle in Biedermannsdorf bei Wien stattfinden. Dieser Termin mußte so gewählt werden, da am 9. März die Landtagswahl stattfindet und die Halle für 8. März bereits vergeben war. Beginn ist um 18 Uhr (Eintreffen in Biedermannsdorf bis 17.45 Uhr), Ende gegen 20 Uhr.

Das Spielen ist nur mit Turnschuhen gestattet. Duschen sind genügend vorhanden.

Zwecks Deckung der Hallenmiete wird von allen aktiven Teilnehmern ein Beitrag eingehoben. Herzlich willkommen sind auch Zuseher jedweden Alters, die die Spieler anfeuern (diese werden ebenfalls ersucht, Hausschuhe zum Betreten der Halle mitzunehmen!).

Interessierte, die gerne mitspielen wollen, mögen sich bis spätestens 28. Februar bei uns: Sudetendeutsche Jugend – Telefon und Fax: (01) 718 59 13, E-mail: office@sdjoe.at, melden (bitte Alter und unbedingt eine telefonische Erreichbarkeit angeben – wir rufen so bald als möglich zurück!

Österreichische Landsmannschaft sucht auch Gasteltern

Die Österreichische Landsmannschaft sucht Gasteltern für Ferienkinder aus Böhmen, Mähren, Schlesien, Siebenbürgen, der Woiwodina und Ungarn. Die Ferienaktion soll die Verbindung zu Österreich stärken und freundschaftliche Beziehungen knüpfen.

Die Ferienaktion ist eine Initiative der Österreichischen Landsmannschaft. Mit dem Ferienbesuch soll Kindern der Kontakt nach Österreich ermöglicht werden, Kinder, die vielfach Nachfahren der Millionen Altösterreicher deutscher Muttersprache östlich unserer heutigen Grenzen sind. Der Großteil wurde 1945/46 aus der Heimat vertrieben, aber ein kleiner Teil durfte bleiben. Die Nachkommen leben heute unter wenig minderheitenfreundlichen Verhältnissen, sofern sie nicht schon in die Bundesrepublik Deutschland oder nach Österreich ausgewandert sind. Kontaktpflege mit dem Mutterland würde der Volksgruppe beim Erhalt ihrer Kultur und bei der Sprachpflege bzw. beim Deutschlernen sehr helfen.

Wer Gutes tun und gleichzeitig Spielkameraden für die Kinder oder Enkeln bekommen will,

möge Gastkinder einladen. Die Gasteltern können angeben, ob sie ein Kind oder mehrere Kinder, jüngere oder ältere, Mädchen oder Buben in den Familienverband aufnehmen wollen. Zur Auswahl stehen in der Regel Kinder im Alter von zehn bis vierzehn Jahren. Die Kinder sollen zwei Wochen bei den Gastfamilien leben, damit sich Freundschaften entwickeln und die sprachlichen Fähigkeiten verbessert werden können. Sie sprechen Deutsch, so daß sie sich mit den Gastfamilien verständigen können.

Die Österreichische Landsmannschaft übernimmt die Organisationskosten sowie ein kleines Taschengeld für die Ferienkinder. Den Gasteltern verbleiben die Unterbringungs- und Verpflegungskosten für die Aufenthaltsdauer. Die Familien der eingeladenen Kinder leisten den Fahrtkostenbeitrag; ein Gegenbesuch der Gastelternkinder im Folgejahr wird in Aussicht gestellt.

Kontaktieren Sie die Leiterin des Projektes Ulrike Raich unter info@oelm.at oder die Geschäftsstelle der Österreichischen Landsmannschaft unter 01 / 408 22 73. Ulrike Raich

Schülerlesung mit Erika Rosenberg

Vom 26. November bis 7. Dezember 2007 fanden im Bundesministerium für Inneres in Wien Lesungen für Schüler mit Erika Rosenberg statt. Dr. Erika Rosenberg, 1951 in Buenos Aires geboren, las und erzählte vor 21 Schulklassen mit insgesamt rund fünf-hundert SchülerInnen aus ihrer Biographie „Ich, Emilie Schindler“ vom bewegten Leben der Schindler-Witwe Emilie, deren enge Vertraute und Wegbegleiterin sie war.

Erika Rosenberg erzählte aus den Erinnerungen von Emilie Schindler von deren Kindheit und Jugend, der Beziehung zu ihrem Mann Oskar, die schweren Kriegsjahre und ließ Emilies entbehrrungsreiches Leben in Argentinien Revue passieren.

Die Schilderung des breiten öffentlichen Interesses, das mit Steven Spielbergs Film

„Schindlers Liste“ einsetzte sowie der letzten Deutschlandreise der 93jährigen und deren Tod im Herbst 2001 geben Einblick in das Leben einer aufrechten, stolzen, aber auch verletzlichen Frau, die zwischen bewußter Zurückgezogenheit und Wunsch nach Anerkennung schwankte.

Mit viel Einfühlungsvermögen und großem Engagement gelang der Autorin während ihrer vierzehntägigen Lesereihe ein reger Austausch mit Schülern und Pädagogen. Sie gewährte dadurch Einblick in das Leben und eine Zeit, die niemals in Vergessenheit geraten darf.

Erika Rosenberg wird im Herbst 2008 anlässlich des 100. Geburtstages von Oskar Schindler eine weitere Vortragsreihe für Schüler im BMI abhalten.

Dr. Rudolf Hilf – 85

Da ich vor fünf Jahren den Lebensweg des Historikers Dr. Rudolf Hilf in der „Sudetentpost“ vom 27. Februar 2003 ausführlich darlegen konnte, will ich mich zu seinem 85. Geburtstag auf eine knappe Wiederholung beschränken, um auf sein engagiertes Wirken in den letzten fünf Jahren einzugehen.

Am 1. März 1923 in Asch im Egerland geboren, 1942 bis 1945 bei der Luftwaffe, November 1945 nach Bayern vertrieben, 1951 Dr. phil. an der Universität München. Von 1951 bis 1959 persönlicher und außenpolitischer Referent des ersten Sprechers Dr. Rudolf Lodgman von Auen. Von 1960 bis 1966 Privatsekretär des Prinzen Max Egon Hohenlohe-Langenburg, anschließend BdV-Landesgeschäftsführer in Bayern und ab 1973 Referent in der Bayerischen Staatskanzlei. Mitbegründer und Präsidiumsmitglied des „Internationalen Instituts für Nationalitätenrecht und Regionalismus (Intereg)“. Hilf war Initiator der deutsch-tschechischen „Versöhnung 1995“ und der „Euregio Egrensis“. Seit 1995 ist Hilf Mitglied des Sudetendeutschen Rates.

Im Vorjahr übersiedelte Hilf von München zu seiner Tochter nach Hamburg, bis dahin war er heimatpolitischer Referent der SL-Landesgruppe Bayern. In einer Fülle von Beiträgen hat er in „BAYERN-INTERN“, den Informationen der SL-LG Bayern zu aktuellen Fragen Stellung genommen, so auch 2004 in einem grundlegenden Beitrag mit „Der Genozid und die Antwort der Volksgruppe in Deutschland“. Im März 2006 setzte die SL-Bundesversammlung einen Arbeitskreis „Völkermord“ ein, dem auch Rudolf Hilf angehörte. Der nachfolgende Sudetendeutsche Tag, bei dem Rudolf Hilf den Wissenschaftspreis erhielt, stand unter dem Leitwort „Vertreibung ist Völkermord“.

Mit vielen anderen Landsleuten ist er der Auffassung, daß die juristische Aufarbeitung des unverjährbaren Verbrechens des Völkermordes zu einer Erreichung der Satzungsziele der SL führen wird. Möge der Jubilar mit Kraft und Gesundheit daran weiter mitwirken. Roland Schnürch

KRIEGSGEFAHR VOR SIEBZIG JAHREN: Unruhiges Grenzgebiet im Jahre 1938

Nahezu zwanzig Jahre des Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen in der nach dem Ersten Weltkrieg neuentstandenen Tschechoslowakei hatten es nicht vermocht, über drei Millionen Deutsche mit als ein Staatsvolk anzusehen. Sie blieben eine „Minderheit“ und wurden

Von Josef Weikert

als „Kolonisten und Immigranten“ betrachtet. Hoffnungsträger wurde daher für viele Deutsche die Sudetendeutsche Partei (SdP), die bei den Parlamentswahlen vom Mai 1935 mit 1,249.000 Stimmen die meisten Stimmen aller Parteien überhaupt erzielte. Neben der SdP gab es zwar sogenannte aktivistische Parteien, die um Zusammenarbeit mit dem neuen Staat bemüht waren. Sie konnten aber keine Verbesserung der Rolle der Deutschen in diesem Staat erreichen. Sie zerfielen unter dem Eindruck des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938; die noch verbliebene Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei konnte das Blatt auch nicht mehr wenden.

Fünfzehn Tage nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland führte der Vorsitzende der SdP, Konrad Henlein, ein erstes offizielles dreistündiges Gespräch mit Hitler in dessen Reichskanzlei in Berlin am 23. 3. 1938. Damit gerieten die Sudetendeutschen zu einem Faktor in den Planungen Hitlers, dem es weniger an der Befreiung der Deutschen aus ihrer Minderheitenrolle gelegen war, als am Wirtschaftspotential zunächst der deutschsprachigen Grenzgebiete der böhmischen Länder. Das war aber zu diesem Zeitpunkt für die Masse der unpolitisch denkenden Sudetendeutschen nicht erkennbar. Auf ihrem Parteitag in Karlsbad am 24. 4. 1938 formulierte die SdP in acht Punkten ihre Forderungen an die Prager Regierung, darunter in Punkt 4 den Aufbau einer sudetendeutschen Selbstverwaltung (Autonomie) innerhalb des Staates. Dies akzeptierte der große Teil der deutschsprachigen Bevölkerung der Tschechoslowakei.

Am Abend des 20. Mai 1938 verkündete die Prager Regierung eine Teilmobilisierung ihrer

Streitkräfte, obwohl zu diesem Zeitpunkt keinerlei militärische Bedrohung von Deutschland ausging. In der Nacht 20. / 21. Mai 1938 waren die Egerländer Bauern Niklas Böhm aus Oberlohma und Georg Hoffmann aus Fonsau mit dem Motorrad unterwegs. Als sie, nach tschechischer Darstellung, auf Zurufe zweier Gendarmen nicht anhielten, wurden sie beschossen und dabei tödlich getroffen (Distriktsinspektor Kriegl habe erfolglos „Stül!“ gerufen und der Stabswachtmeister František Koranda habe zunächst einen Warnschuß abgegeben).

Dieser Vorfall setzte die deutsche Bevölkerung im Grenzgebiet in Erregung. (Nach dem Krieg wird der 21. 5. 1938, gem. § 18 des Retributionsdekrets des Präsidenten der Republik vom 19. 6. 1945 zum Beginn einer „erhöhten Bedrohung der Republik“ erklärt werden.) An der Beerdigung von Böhm und Hoffmann nahmen 40.000 Menschen teil, darunter der deutsche Militärattaché in Prag, Oberst Toussaint und der deutsche Luftwaffenattaché Möricke.

In die Mission des britischen Vermittlers und Beobachters Lord Runciman (vom 3. August bis 10. September 1938) setzten weite Teile der sudetendeutschen Bevölkerung eine hohe Erwartungshaltung. Sprechchöre von SdP-Anhängern skandierten vor seiner Unterkunft: „Lieber Lord, mach uns frei von der Tschechoslowakei!“

Als Hitler am 12. September 1938 eine über den Rundfunk übertragene Rede hielt, in der er unter anderem sagte: „Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch verlassen“, steigerte sich die Erregung in den Grenzgebieten. Es kam zu Fluchtbewegungen, zu Aufruhr und zu blutigen Zusammenstößen (Asch, Eger, Elbogen, Plan, Pürstein, Krummau, Teplitz-Schönau, Tachau, Schönbrunn, Warnsdorf u. a.). Von Schwaderbach im Erzgebirge wurden tschechische Gendarmen und Beamte über die Grenze verschleppt. Als am 14. 9. 1938 gegen 18.30 Uhr zwei Züge tschechischer Polizei die Parteizentrale der SdP, das gegenüber dem Bahnhof Eger gelegene Hotel „Victoria“, besetzten, kam es zu einer Schießerei. Die Bilanz (nach tschechischer Quelle): Vor dem Bahnhofeingang ein getöteter Zivilist und

eine schwerverletzte Frau, an einer nahegelegenen Tankstelle ein Wachmann und ein neben ihm gestandener Zivilist, ferner ein tschechischer Eisenbahner und der Fahrer eines Autos der Egerer Zeitung. Für die Zeit vom 12. bis zum 15. September 1938 meldete Prag 27 Tote, davon 11 Sudetendeutsche, 13 Angehörige der čs. Armee, Gendarmerie und Polizei sowie drei weitere tschechische Zivilisten (nach Willars, „Die böhmische Zitadelle“, S. 480, Anm. 53). Mit der Verkündung des Standrechts in sechzehn Bezirken beruhigte sich noch einmal die Lage. Der Mitte Mai vom Prager Innenministerium genehmigte freiwillige Schutzdienst (FS) der SdP wurde verboten. (Nach dem Krieg wurde die Mitgliedschaft im FS gem. § 2 des Retributionsdekrets des Präsidenten der Republik vom 19. 6. 1945 mit Strafe von fünf Jahren schweren Kerkers bis lebenslänglich belegt.)

Doch es gab nicht nur militante Anhänger der SdP. Die sudetendeutschen Antifaschisten hatten frühzeitig eine „Rote Wehr“ gebildet, die später in „Republikanische Wehr“ umbenannt wurde mit erweitertem Aufgabenbereich. Als im Oktober 1936 die Prager Regierung eine besondere „Wache zur Verteidigung des Staates“ (Stráž obrany státu, abgekürzt SOS) einrichtete, mit der Aufgabestellung, im Fall eines äußeren Angriffs auf den Staat den ersten Anstoß aufzufangen bis zum Eintreffen regulären Militärs, meldeten sich auch mehrere hundert Angehörige der Republikanischen Wehr zu dieser aus Angehörigen von Gendarmerie, Finanzwachen und Freiwilligen zusammengesetzten Bereitschaftseinheit. Am 18. 9. 1938 hatten Angehörige der Republikanischen Wehr, ausgestattet mit Handgranaten, am rechten Ufer der Elbe bei Leitmeritz wieder „den legalen Zustand hergestellt“, nachdem am Vortag die Säuberung des linken Elbeufers (von Henlein-Leuten) vorausgegangen war. (J. W. Brügel, „Tschechen und Deutsche 1918 – 1938“, S. 509.) Anlässlich der Mobilisierung faßten sie Waffen und Munition und machten Tag und Nacht in den Grenzgebieten Dienst (ebenda).

Der letzte Vorsitzende der DSAP, Wenzel Jaksch, schrieb im „Sozialdemokrat“, London, vom 22. 9. 1940: „Auf vordersten Posten waren sie anzutreffen, als schon die Möbelwagen vieler Beamter in Sicherheit waren.“

Nachdem Henlein am 15. September über

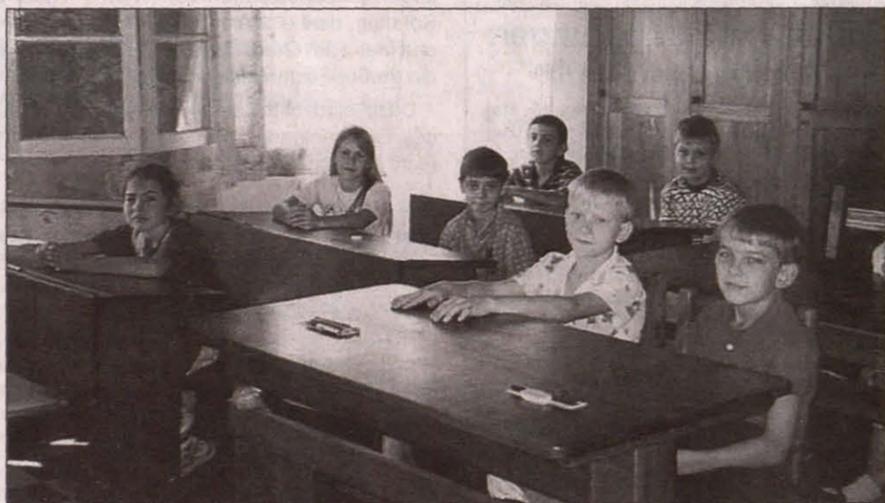
den Reichssender Leipzig verkündet hatte: „Wir wollen heim ins Reich! Gott segne uns und unseren gerechten Kampf!“ (Ein Imperativ, der die Sudetendeutschen noch teuer zu stehen kommen sollte.) Und als er in einer weiteren Rundfunkrede am 17. September die ins Reich geflohenen sudetendeutschen Männer im Alter zwischen achtzehn und fünfzig Jahren zum Eintritt in ein „Sudetendeutsches Freikorps“ aufgerufen hatte, kam es vom Reichsgebiet aus zu Überfällen auf tschechische Zollhäuser, Grenzposten und zu weiteren Störaktionen. Oberstleutnant Köchling, Verbindungsoffizier des OKH zum Freikorps, vermerkte in seinem Abschlußbericht über die Tätigkeit des Freikorps bis zum 1. 10. 1938 (dem Beginn des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht in die von der ČSR abgetretenen Gebiete) gelungene 164 Einzelaktionen des Freikorps, bei denen 52 Freikorpsangehörige und 110 Tschechen ums Leben kamen und weitere 2029 gefangengenommen wurden.

In der Nacht vom 21. zum 22. September zogen sich tschechische Grenzposten, Gendarmerie und Zollbeamte mit wenigen Ausnahmen hinter die befestigte Linie zurück. Mitglieder der SdP übernahmen in den geräumten Gebieten den Ordnungsdienst. Der Ascher Ausläufer wurde am 22. September, das Gebiet von Jauernig am 25. September vom Sudetendeutschen Freikorps, verstärkt durch bewaffnete SS-Totenkopfverbände, kampfflos besetzt.

Mit der Mobilmachung der tschechoslowakischen Streitkräfte am 23. 9. 1938 erreichte die Kriegsgefahr einen kritischen Punkt. Chamberlain wirkte in Bad Godesberg maßgebend auf Hitler ein. Nach seiner Rückkehr nach England beschwor er seine Landsleute in einer Rede, einem Krieg aus dem Weg zu gehen, Zitat: „Wie schrecklich, phantastisch und unglaublich ist es, daß wir Schützengräben anlegen und Gasmasken ausprobieren sollen wegen eines Streites in einem fernen Land zwischen Völkern, von denen wir kaum etwas wissen.“

Die bedrohliche Lage wurde schließlich auf diplomatischem Wege entschärft, an dessen Ende das Münchener Abkommen stand (29. 9. 1938). In seine Heimat zurückgekehrt, verkündete Chamberlain seinen Landsleuten: „Frieden in unserer Zeit.“ Doch nach weniger als einem Jahr begann der Zweite Weltkrieg.

Erste Spende für Schule in Sudetia übergeben



Eine Klasse der Schule in Sudetia.

Die Spendenaktion für die in Not geratene private Schule der 1933 von ausgewanderten sudetendeutschen Bauern und Handwerkern gegründeten Kolonie Sudetia in Ostparaguay hat bereits erste Ergebnisse erbracht. Aufgrund eines Hilferufes aus Sudetia hatte die Landesgruppe Baden-Württemberg des Sudetendeutschen Sozial- und Bildungswerkes (SSBW) gemeinsam mit der Landesgruppe Baden-Württemberg der Sudetendeutschen Landsmannschaft zur Hilfe für die Schule aufgerufen, deren Fortbestehen aufgrund der Streichung staatlicher Zuschüsse massiv gefährdet ist.

Nach dem Eingang erster Spenden konnte nun gemeinsam von SSBW und SL der Vertreterin von Sudetia ein erster Scheck in Höhe von 1000 Euro übergeben werden. Damit ist die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes zunächst einmal für das nächste halbe Jahr gesichert. In der Schule werden die Kinder der Siedlerfamilien – Sudetia ist

nach wie vor eine vornehmlich landwirtschaftlich ausgerichtete Siedlung – in ihrer deutschen Muttersprache unterrichtet, Spanisch ist selbstverständlich Fremdsprache von der ersten Klasse an.

Ihren Namen erhielt die Siedlung, die von den sudetendeutschen Kolonisten auf angekauftem Grund und Boden aus dem Urwald gerodet wurde, 1934 bei einer Siedlerversammlung als Symbol der Herkunft ihrer neuen Bewohner. Schon damals wurde die eigene Schule gegründet, die bis heute Bestand hat und wesentlich zum Erhalt der Identität der Bewohner Sudetias beitrug und beiträgt.

Diese Spendenaktion wird mit dem Ziel fortgesetzt, den Bestand der Schule, welcher die staatliche Förderung mit der Begründung entzogen wurde, daß die Schüler ja ohnehin in die nächstgelegene staatliche Schule gehen könnten, dauerhaft zu sichern.



Bild oben: Bei der Trauerfeier in Eger für die am 21. 5. 1938 erschossene Egerländer Böhm und Hoffmann. Von links: Der deutsche Militärattaché in Prag Oberst Toussaint, Henlein, Frank und Luftwaffenattaché Möricke. – Bild unten: Personenkontrolle durch tschechische Gendarmerie.

Ausstellung „Der Böhmerwald – Šumava“: Böhmerwäldler – wer sind sie?

Am 14. Jänner hatte das Sudetendeutsche Haus in München zur festlichen Ausstellungsöffnung „Der Böhmerwald – Šumava“ geladen (zu sehen bis 29. Februar). Das Besondere daran, was meine Neugierde auslöste und vielfältige Erwartungen weckte, war die Tatsache, daß diese Ausstellung von tschechischer und sudetendeutscher Seite gemeinsam hochkarätig an diesem Ort gestaltet wurde. Welche Annäherungen, welche Gemeinsamkeiten werden aufgezeigt? Wird die Vergangenheit der verschiedenen Volksgruppen und Minderheiten in diesem Raum benannt und dargestellt?

Die Schirmherrschaft hatten Mgr. Petr Gandalovič, Landwirtschaftsminister der Tschechischen Republik und Josef Miller, MdL, Bayerischer Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, übernommen. Begrüßungsworte sprach Johann Böhm, Landtagspräsident a. D., Vorstandsvorsitzender der Sudetendeutschen Stiftung. Die Eröffnungsansprache hielt Hermann Meyer, Ministerialrat des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums, in Vertretung von Staatsminister Miller. Das Grußwort kam von David Stecher, Direktor des Tschechischen Zentrums München. Die Einführung in die Ausstellung nahm Mgr. Přemysl Reibl, Nationalmuseum für Landwirtschaft Prag, vor.

Als Veranstalter traten auf: Sudetendeutsche Stiftung, Sudetendeutsches Archiv, Adalbert-Stifter-Verein, Tschechisches Zentrum München, Deutscher Böhmerwaldbund, Sudetendeutsche Akademie, Jagdhornbläser und Böhmerwäldler Stubenmusik verstärkten den festlichen Rahmen. Und da eine gemeinsame Veranstaltung, konnte man sich auf eine weitere freundschaftliche Begegnung freuen.

Diese Böhmerwald-Schau – mit Schwerpunkt 19. und 20. Jahrhundert – lief zuvor schon weit umfangreicher sehr erfolgreich in Prag. Die Vielzahl der Festgäste bei der Eröffnung läßt auch im Sudetendeutschen Haus auf eine erfolgreiche Ausstellung hoffen. Den Eingang der Ausstellung schmückt eine große Landkarte „Böhmen, Mähren und Sudeten-Schlesien“; hervorgehoben Heimatgebiete der Sudetendeutschen, die deutschen Mundarten bis 1945, Bezirke und Kreise 1935, Siedlungsgebiete der Sudetendeutschen; kleine Ausschnittskarten zeigen die Situation bis 1918, 1918 bis 1938, 1938 bis 1941/45, nach 1945.

Eine deutsch und tschechisch betextete übersichtliche vielfältige Präsentation des Böhmerwaldes im 19. und 20. Jahrhundert, mit seiner Holz- und Forstwirtschaft, den Schwemmkämen, den Meilern, der Quarzgewinnung, Glas-

hütten, der Streichholz-Produktion, Flachsabbau und Weiterverarbeitung, Heimarbeit, seine Lebensformen, die Werkzeuge, Einrichtungen und Gegenstände des täglichen Lebens. Wobei Wald und Holz – von der Wiege bis zur Bahre (Totenbretter) – natürlich den besonderen Schwerpunkt darstellt. Am Ende bildet ein Büchertisch mit vorwiegend deutschen Titeln den Abschluß. Eine wichtige, informative und gute Präsentation, vor allem für Schulen, Gruppen, Verbände usw.

War mir schon bei den diversen Begrüßungen aufgefallen, daß das Thema „Deutsche / Tschechen“ kaum berührt wurde, Sudetendeutsch / Tschechisch gleich zweimal nicht – oder waren diese Berührungen so zart und ich sie daher überhörte – fragte ich mich nach dem Durchgang: Wer lebt dort vorwiegend und wie lebten die Menschen dort miteinander? Waren sie meist tschechischsprachig? Waren sie meist deutschsprachig? Böhmerwäldler eben – so die Ausstellung! Daraufhin mein nochmaliges intensiveres Studium der aufgehängten Karte, die auch die Sprachgrenzen anzeigt. Etwas traurig und schmerzhaft berührt verließ ich das Sudetendeutsche Haus.

Und auf dem Weg nach Hause wurde ich langsam immer wütender, da meines Erachtens von der sudetendeutschen Seite wieder eine Gelegenheit versäumt wurde, von den tschechischen Partnern zu verlangen, den großen Anteil der Besiedlung, Urbarmachung, wirtschaftliche, kulturelle, künstlerische Entwicklung dieses Landstrichs durch die deutschsprachige Bevölkerung bis 1945 klipp und klar zu benennen und nicht hinter dem allgemeinen „Böhmerwäldler“ zu verstecken, was den tschechischen Ausstellungs-Machern wieder mal elegant gelungen ist.

Wie wollen wir unsere Ziele und die Lösung unserer offenen Probleme gegenüber Tschechien erreichen, wenn wir unsere Forderungen und Erwartungen gar nicht oder nur so leise anbringen, daß unsere tschechischen Partner – und hier im besonderen die Politik – sie gar nicht wahrzunehmen brauchen? Wer, wenn nicht die Erlebnissgeneration, hat das Recht, ihren Platz auf Heimat und vor allem ihren Platz in der Geschichte zu behaupten? Sollten wir nicht etwas mutiger, drängender, lauter sein?

Brigitte Schwarz

Zypern unterstützt Vertriebene



Die EUFV-Delegation zu Besuch auf Zypern.

Die Mission der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) in Zypern endete am 1. Februar und konnte als Ergebnis der zweitägigen, intensiven Gespräche in der Hauptstadt Nikosia die Unterstützung der Regierung für die internationalen Tätigkeiten der EUFV verzeichnen.

Die Delegation der EUFV, die von Generalsekretär Massimiliano Lacota angeführt wurde und zu der Beirat Wolfgang Thüne sowie die Sekretariatsmitglieder Enrico Neami, Aldo Flego und Isa Engemann gehörten, wurde sowohl vom Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten, Photis Photiou, als auch vom Minister des Innern, Christos Patsalides, zu dessen Aufgaben die ungelöste Frage der aus dem Norden des Landes vertriebenen Flüchtlinge gehört, empfangen. Schwerpunkt der in beiderseitiger Übereinstimmung geführten Gespräche waren die internationalen Beziehungen der Regierung unter Berücksichtigung der immer noch währenden Zerteilung des Landes, dessen Norden 1974 von der Türkei militärisch besetzt wurde und sich eigenmächtig zur türkischen Republik Zypern erklärt hat, ohne jedoch von anderen Staaten geschweige denn internationalen Organisationen anerkannt worden zu sein.

Generalsekretär Lacota informierte beide Regierungsvertreter über Ziele und Tätigkeiten der EUFV und brachte die volle Unterstützung der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen für die Bestrebungen Zyperns um eine neue Phase der Gespräche mit der Türkei zum Ausdruck.

Ziel solcher Gespräche ist die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat und eine schrittweise Wiedervereinigung der beiden Teile der Insel. Im Zusammenhang mit den internationalen Problemen kam auch die Haltung der Republik Zypern zur Sprache, die sich der Anerkennung einer unabhängigen serbischen Provinz Kosovo durch die Europäische Union widersetzt.

Beide Minister sagten ihre volle Unterstüt-

zung sowohl auf nationaler Regierungsebene als auch bei den Institutionen der Europäischen Union zu. Insbesondere betrifft dies den in Vorbereitung befindlichen Antrag der EUFV auf Einrichtung einer permanenten Flüchtlings- und Vertriebenenkommission mit der Aufgabe, zur Lösung der bislang unbeachtet gebliebenen europäischen Vertreibungsproblematik auf Basis der menschlichen Grundrechte auf Rückkehr und Wiedergutmachung formelle Gespräche mit den Mitgliedsstaaten der EU und der EUFV zu führen.

Des weiteren wurde die Delegation von Seiner Seligkeit Chrysostomos II, Erzbischof von Nuova Giustiniana und ganz Zypern, empfangen. Das Oberhaupt der Kirche von Zypern, das die Vertriebenenvertreter im erzbischöflichen Palais empfing, unterstrich die Notwendigkeit einer raschen und umfassenden Lösung der Flüchtlingsprobleme in ganz Europa unter Wahrung der Menschenrechte als alleinige Gewähr für ein brüderliches und friedvolles Zusammenleben auf unserem Kontinent in Gegenwart und Zukunft. Den Initiativen der EUFV zur Wahrung der Rechte von Millionen europäischer Flüchtlinge und Vertriebenen sagte er deshalb seine volle Unterstützung zu.

Während eines Treffens mit zyprischen Vertriebenen versicherte Lacota diese des Engagements der EUFV zur Lösung ihrer Probleme. „Ich glaube, daß mit diesem Besuch ein neuer Weg in der europäischen Vertriebenenpolitik beschritten wurde,“ erklärte Generalsekretär Lacota, „und die den Plänen und Zielen der EUFV von seiten staatlicher und religiöser Autoritäten des Landes entgegengebrachte Aufmerksamkeit hat gezeigt, daß eine Aufarbeitung der Vertreibungsproblematik auf internationaler Ebene zur Überwindung der fruchtlosen Bemühungen der einzelnen Vertriebenenverbände, die zu einer Kristallisierung der jeweiligen Positionen und damit in eine Sackgasse geführt haben, unerlässlich ist.“



FREUNDKREIS DER STIFTUNG
SOZIALES FRIEDENSWERK ZUR
FÖRDERUNG BEGABTER JUGEND
Bundesgeschäftsstelle, A-1080 Wien, Fuhrmannsgasse
18 – 1A, Telefon: 00 43 / 1 / 405 98 07, Fax: 00 43 / 1 /
40 22 882, E-mail: prohaska@oelm.at

Kindersommerlager 2008

vom 26. Juli bis 7. August und vom
10. August bis 22. August
in der Mörtelmühle in Bad Goisern

Das Soziale Friedenswerk rüstet schon für den Sommer 2008. Wir werden wieder zwei Turnusse für Kinderjugendlager durchführen und laden dazu Kinder und Jugendliche aus Österreich und seinen Nachbarstaaten (Italien, Ungarn, Rumänien, Kroatien, Serbien, Ukraine, Polen, Tschechien) ein. Eingeladen werden Mädchen von zehn bis 13 Jahren, Buben von zehn bis 14 Jahren.

Die Lagerkosten werden bei € 200,- je Kind liegen – Ermäßigungen und Fahrtkostenzuschüsse sind möglich; es soll niemand, der durch seine Fähigkeiten und Kenntnisse gut in das Lager paßt, wegen knapper finanzieller Möglichkeiten zu Hause bleiben müssen. Die Förderungen kommen aus dem Kreise unserer Spender, wir müssen damit sehr sorgfältig umgehen.

Die Lagergestaltung usw. wird wie im Jahr 2007 sein: Wandern – Singen – Spielen, Deutschlernen / -üben. Sport und Spiel, Gemeinschaftserlebnis und Abenteuer werden den Kindern unvergeßliche Tage bringen.

Die Lagerleitung liegt wieder bei Konny, Sylvia und ihren Helfern.

Heuer ist der Aufenthalt für zweimal 36 Kinder möglich. Die Deutschkenntnisse müssen für einen geordneten Lagerablauf und für eine darauf aufbauende Schulung ausreichend sein. Kinder, die sich nicht für ein befruchtendes Gemeinschaftserlebnis verständigen können, müssen wir leider wieder zurückschicken.

Bitte geben Sie uns die Zahl der Kinder, die sich für die Lager interessieren, ehestmöglich bekannt, dann erfolgt in Absprache mit den Betreuern und der Lagerleitung die Verteilung auf die beiden Termine. Anschließend schicken wir eine vollständige Ausschreibung aus.

Norbert Prohaska (Geschäftsstelle)

Klemens-M.-Hofbauer-Gedenkgottesdienst

Zum Gedenken an unseren großen südmährischen Heiligen Klemens Maria Hofbauer – er ist auch der Schutzpatron von Wien – findet am Sonntag, dem 9. März, um 9.30 Uhr, in der Kirche Maria am Gestade, Wien 1, Concordiaplatz, ein großer Festgottesdienst statt.

Dazu sind alle Landsleute aus allen Teilen des Sudetenlandes sowie all unsere Freunde recht herzlich eingeladen.

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

HERINGSALAT

1 Glas Russen, 4 große Erdäpfel, würfelig, nicht zu groß geschnitten, 3 große süßsaure Gurken, blättrig, feingeschnitten, 3 große Zwiebeln, feingeschnitten, 1 kleine Dose (kleine weiße) Bohnen, (abtropfen, mit Wasser nachspülen), 4 große Äpfel, blättrig, feingeschnitten.

Soße: Mayonnaise, Rahm, Salz, nur bei Bedarf, Pfeffer, nur bei Bedarf, Zucker, nur bei Bedarf, etwas Saft 1 kleinen Zitrone, Achtung nicht zu viel! Essig vom Gurkenglas nach Bedarf.

Guten Appetit!

Christa Gudrun Spinka

Richtig: Spindelmühle

Herr Karl Raab aus D-Gräfeling klärt uns auf, daß der häufig publizierte Name „Spindelmühle“ (Spindlerův Mlýn) nicht korrekt ist. Er schreibt uns: „Seit Jahrhunderten kannte man im Sudetenland einen Ort namens ‚Spindelmühle im Riesengebirge‘. Daneben gibt es an der Grenze nach Schlesien den ‚Spindlerpaß‘. Da nun die Tschechen für das Wort ‚Spindel‘ scheinbar keine entsprechende Übersetzung gefunden haben – möglich wäre zum Beispiel Cívkovy Mlýn? –, verfielen sie auf den Trick, aus ‚Spindelmühle‘ das Wort ‚Spindelmühle‘ zu machen, und die unwissenden Deutschen akzeptieren diesen Trick.“

Die „Sudetenspost“ dankt für diese Information und wird in Zukunft ausschließlich den richtigen deutschen Namen „Spindelmühle“ verwenden.

Der Willi-Wanka-Kreis ladet ein zum Seminar

„Ethnische Säuberungen – gestern und heute“

Von Montag, 12. Mai, bis Donnerstag, 15. Mai, in der sudetendeutschen Bildungsstätte „Der Heiligenhof“, Postfach 1480, Alte-Euerdorfer-Str. 1, D-97688 Bad Kissingen, Telefon 0 971 / 71 4 70.

Tagungsablauf (Änderungen vorbehalten)

Montag, 12. Mai: Anreise bis 17 Uhr – 18 Uhr Abendessen – 19 Uhr Begrüßung der Teilnehmer durch den Vorsitzenden, Dr. Rudolf Püschel. Vorstellungsrunde und Erläuterung des Programms.

Dienstag, 13. Mai: 8.15 Uhr Frühstück – 9 Uhr Vortrag Dr. Richard Grill: Voraussetzungen und Folgen der Vertreibung. Aussprache – 12 Uhr Mittagessen – 15 Uhr Vortrag Prof. Dr. Wollrab: Nachkriegsverbrechen an den Deutschen im Raume Saaz – Postelberg nach dem Zweiten Weltkrieg. Aussprache – 18 Uhr Abendessen – 19.30 Uhr Vortrag OStR Georg Schmelzle: Genesis der Vertreibung der Deutschen. Aussprache.

Mittwoch, 14. Mai: 8.15 Uhr Frühstück – 9 Uhr Vortrag Horst Löffler: Rückkehr Deutscher in die alten Siedlungsgebiete – Wunschenken oder denkbare Wirklichkeit? Aussprache – 12 Uhr Mittagessen – 15 Uhr Vortrag Dr. Sobiela-Caanitz: Der Völkermord an den Armeniern. Aussprache – 18 Uhr Abendessen – 19.30 Uhr Vortrag Adolf Wolf: Von der Verbannung in die Heimat der Vorfahren – Das schwere Schicksal der Deutschen aus Rußland. Aussprache.

Donnerstag, 15. Mai: 8.15 Uhr Frühstück – 9 Uhr Vortrag Dr. Rudolf Püschel, Kalifornien: „Remembrance Sudetenland On the Legal Construction of Ethnic Cleansing“ – Kritik einer von der Harvard University cum laude beurteilten Dissertation, mit der der amerikanische Jurist Timothy William Waters den von Tschechen und Slowaken an den Sudetendeutschen 1945 begangenen Völkermord im Jahr 2006 völkerrechtlich zu machen versucht. Aussprache – 12 Uhr Mittagessen – anschließend Abrechnung und Abreise der Teilnehmer.

Bitte rechnen Sie damit, daß der Heiligenhof einen Teilnehmerbeitrag in Höhe von € 100,- oder mehr erheben muß. Ich hoffe sehr, daß das Ihre Teilnahme nicht ausschließt und bitte, mir Ihre Anmeldung bis zum 10. April zugehen zu lassen.

Ursula Kern, Geschäftsführung

Es geht doch!

Man könnte es bezeichnen: „Es geht doch!“, nämlich die alten deutschen Ortsnamen in den Medien anzuführen. Lobenswert ist dies am Sonntag, 10. Februar im „Kurier“, Reisebeilage, in dem Beitrag „Kurier Extratour“ geschehen. Das habe ich auch umgehend der Redaktion des Blattes mitgeteilt.

Auf den Brief eines Lesers, der meint, daß man sich damit abfinden sollte, daß die deutschen Namen eben nicht mehr existent sind, kann ich nur antworten, daß ich, gebürtiger Troppauer (nicht Opavianer) und als in Brünn dann wohnhaft gewesener Brünner und kein Brnaci mich benenne.

Für den zitierten Geldbetrag hätte man einen Gegenwert bekommen, uns ist aber die Heimat ersatzlos geraubt worden. Leo Zahel, Wien

Wiedergutmachung

Als unmenschliche „Rechtsgrundlage“ für die Vertreibung der Sudetendeutschen befinden sich die Beneš-Dekrete heute noch zurecht in der Kritik. Obwohl deren Annullierung nicht nur von den Betroffenen immer wieder gefordert wird, wurden diese vor noch nicht allzulanger Zeit von der tschechischen und der slowakischen Regierung sogar für unantastbar erklärt!

Haben sich gegen die „Zementierung“ dieses Unrechts etwa die Europäische Union als sogenannte Wertegemeinschaft, oder gar die einstigen Alliierten ausgesprochen? Letztere hatten in den sogenannten Potsdamer Beschlüssen der Vertreibung sogar zugestimmt, mithin konnten sie jetzt wohl auch nicht dagegen sein! Für sie gilt offenbar: „Nach uns die Sintflut!“

Bereits in einem viele Jahre zurückliegenden Aufsatz wurde die Frage gestellt: „Ab wann welche Wirkungen von einer Ungültigkeitserklärung der Beneš-Dekrete ausgehen würden?“

Ist eine Antwort auf diese Frage in SL-Kreisen überhaupt schon einmal angedacht oder gar formuliert worden? Ein dahingehendes „Frage-

Tribüne der Meinungen

und Antwortspiel“ erscheint trotz heute noch negativer Erwartungen wichtig. Sollten sich die Vertreiberstaaten nämlich irgendwann, sei es aus freien Stücken oder unter Druck, doch dazu durchringen, die dem Völkerrecht, Naturrecht und den zehn Geboten Gottes widersprechenden Präsidenten-Gesetze – wohl nur – ohne Rückwirkung aufzuheben, würden die Befürworter solchen Tuns zwar jubeln, aber für die Vertriebenen selbst wäre damit nichts gewonnen! Diese würden mit ihrer Zustimmung Tschechen und Slowaken trotz grundlos erfolgter Vertreibung und allen daraus resultierenden Folgewirkungen auch noch ohne geringste Gegenleistung politisch zu einer „Weißen Weste“ verhalten.

Wäre es aus Sicht der Sudetendeutschen etwa falsch, Tschechen und Slowaken in ihren „völkerrechtswidrigen Hypotheken“ weiterhin schmoren zu lassen und ausschließlich auf Paragraph drei der SL-Satzung hinzuwirken? Bekanntlich können Hypotheken erst gelöscht werden, wenn sie auf Heller und Pfennig zurückbezahlt sind.

Oder ist zu erwarten, daß unsere sogenannte Wertegemeinschaft durch den Einsatz bloßer Fabulierungskünste bisher Undenkbares zu neuem Recht erheben könnte?

Nach einer kürzlich bei der Klausurtagung in Wildbad Kreuth von den CSU-Abgeordneten angenommenen Entschließung hat der vierte Stamm auch vom Land Bayern nichts mehr zu erwarten. Wie verlautbart, wurde festgehalten, daß aus der Vertreibung resultierende Vermögensfragen heute faktisch keine Bedeutung mehr haben. Vielmehr erwarteten die Heimatvertriebenen gut sechzig Jahre nach den Ereignissen eine „moralische Rehabilitierung“ seitens der Tschechischen Republik.

Und nach dieser, gegen die Interessen der Vertriebenen gerichteten Verzichtserklärung,

wurde zu allem Überfluß noch gesagt: „In einem Europa, das sich als Wertegemeinschaft versteht, dürfen noch gültige Vertreibungsdekrete keinen Platz haben.“ („Der neue Tag“, 18. Jänner 2008.)

Ist die Abschaffung der Beneš-Dekrete also purer Formalismus? – Wenn sie erst einmal – ab heute oder morgen – abgeschafft sind, dann ist auch die Vertreibung samt ihren Folgen zu vergessen? – Vertreibung lohnt sich also doch!

Halt, da vertritt aber einer auch noch eine andere Meinung!

Unser Landsmann Weihbischof Gerhard Pieschl hat einmal zum Vertreibungsrecht aus christlicher Sicht gesagt: „Vertreibung setzt Wiedergutmachung voraus!“

Ja, auch ich kann als gerecht denkender Mensch nur diese Aussage akzeptieren.

Daß man vieles wiedergutmachen kann, hat Deutschland bisher immer wieder bewiesen!

Karl Spörl, D-München

Auch das ist Erinnerung

Wie schon einmal gesagt: Es gibt schöne Erinnerungen und weniger schöne. Es gibt traurige und mitunter sehr schmerzliche Erinnerungen. Und es gibt furchtbar grausame Erinnerungen, besonders für uns, die Vertriebenen. Wir waren keine Flüchtlinge, wie manche Medien immer wieder gerne berichten, und wir wurden auch nicht umgesiedelt, wie es heute unsere ehemaligen Vertreiber mit Vorliebe nennen. Nein! Wir wurden über Nacht all unserer Besitztümer und Habseligkeiten beraubt und wie Vieh aus unserem Lande gejagt, wobei 240.000 Sudetendeutsche ums Leben kamen. Viele wurden auf brutalste Weise gequält, gemartert, massakriert, erschlagen, erstochen, gehenkt.

Diese bestialischen, sadistischen Foltermethoden lassen sich nicht schildern. Mir graut, wenn ich daran denke. Bis heute fehlt hierfür immer noch eine Entschuldigung des tschechischen Staates. Wir haben uns für die von den Nazis begangenen Verbrechen schon hundertmal entschuldigt und um Verzeihung gebeten und Millionen an Wiedergutmachung gezahlt. Und unsere Nachbarn, die tschechische und polnische Regierung, haben kassiert und verharmlosen zudem nicht nur die von ihnen verübten Greuelthaten, sondern sie besitzen sogar die Frechheit, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen, indem sie in unverschämter Weise den Bau eines Denkmals gegen Vertreibungen verhindern wollen.

Warum eigentlich? Was fürchten sie denn? Die Wahrheit? Es muß doch in einer freien Welt möglich sein, daß auch wir für unsere Toten ein Denkmal bauen dürfen.

Oder wird schon wieder mit zweierlei Maß gemessen? Kurt Nedoma, D-Mannheim

Zwei Seiten

Wer Versöhnung und Aussöhnung will, muß sich zur geschichtlichen Wahrheit bekennen, muß „Vertreibung“ ein „Verbrechen“ nennen und darf die „Erinnerungs-Kultur“, von der Politiker sprechen, nicht nur auf die „Verbrechen der Deutschen“ beschränken, sondern muß auch an die nachweisbaren „Verbrechen der Sieger an Deutschen“ erinnern. Das aber geschieht nicht! Man hofft offensichtlich, daß die Augenzeugen und Erlebnisträger aussterben!

So ist sicher auch die Denkweise unserer EUNachbarn Tschechien, Slowenien usw., während die EU und die internationalen Gerichtsgremien die „heiße Kartoffel Vertreibung“, und folglich auch Restitution, gar nicht erst angreifen, obwohl hier eindeutig Verbrechen gegen die Menschheit vorliegen! Der Krieg hat eben immer zwei Seiten: Die eine zeigt den Sieger, den Unschuldigen. Die andere den Besiegten, den Schuldigen. Doch Täter und Opfer, Unschuldige und Schuldige, gibt es auf BEIDEN Seiten! Kurt Heinz, Wien

NEUER ORT UND NEUE UHRZEIT!

7. Arbeitskreis

Ahnen- u. Familienforschung in den böhmischen Ländern Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien

Thema: Die Liechtensteinschen Grundherrschaften – das Hausarchiv der regierenden Fürsten Liechtenstein. Dr. Arthur Stögmann wird uns das Archiv vorstellen.

Wann: Dienstag, 26. Februar, 17.15 Uhr.
Wo: Gasthaus Blunzenstricker, Ottakringer Straße 71, Wien 16, <http://www.blunzenstricker.at/>

Veranstalter: SLÖ & Wiener Genealogenstammtisch (WGST).

Leitung: Günter Ofner, Gentzgasse 59 / 9, A-1180 Wien, Telefon / Fax.: 01 / 47 801 70, guenter.ofner@chello.at

Ablauf: Vortrag von Dr. Arthur Stögmann vom Hausarchiv – Fragen an Dr. Stögmann – Gemütlicher Teil. Die Teilnahme ist kostenlos. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Lage: Das Gasthaus Blunzenstricker, Ottakringer Straße 71, Wien 16, liegt acht Häuserblocks außerhalb des Gürtels (U6), an der Ecke Helligasse. Es ist mit der Straßenbahnlinie 44, Haltestelle Ortleibgasse, vom Schottentor (U2, Ringlinien) aus in wenigen Minuten erreichbar.

Auto: Die Ottakringer Straße selbst ist bis 18 Uhr Kurzparkzone, in den Nebengassen gibt es keine Parkbeschränkungen.

Vorschau: 8. AK: Donnerstag, 17. April.

Einladung: Sowohl die Sudetendeutschen in Österreich, als auch die Wiener Tschechen bzw. die jeweiligen Nachkommen sind auf der Suche nach ihren Wurzeln. Da diese eben in einem anderen Land mit anderer Sprache liegen, das noch dazu durch Massenvertreibungen und folgende jahrzehntelange kommunistische Diktatur emotional belastet ist, scheuen viele Wurzelsuchende davor zurück oder scheitern schon in der Anfangsphase. Dabei ist Ahnen- und Familienforschung in der Tschechischen Republik sogar besonders einfach und aussichtsreich.

Dieser Arbeitskreis soll allen Interessierten Hilfeleistung bieten. Egal, ob Sie sudetendeutsche oder tschechische; böhmische, mährische oder österreichisch-schlesische; katholische, evangelische, jüdische, altkatholische oder konfessionslose Vorfahren erforschen wollen, Sie sind herzlich dazu eingeladen teilzunehmen. Bringen Sie Ihre bisherigen Forschungsergebnisse, aber auch Ihre Fragen mit, genau dafür sind wir ja da.

„Teplitz“ am „Haus am Schottentor“

Unlängst flatterte uns eine schon ältere kleine Broschüre der Bank Austria Creditanstalt ins Haus. Da wird die Geschichte des „Haus am Schottentor“ (Wien 1. Bezirk) erzählt:

Als die Bürger Wiens am Weihnachtstag 1857 die amtliche „Wiener Zeitung“ zur Hand nahmen, lasen sie folgende Erklärung Kaiser Franz Josephs I.:

„Es ist mein Wille, daß die Erweiterung der inneren Stadt mit Rücksicht auf eine entsprechende Verbindung derselben mit den Vorstädten ebensowohl in Angriff genommen und hierbei auch auf die Regulierung und Verschönerung meiner Residenz- und Reichshauptstadt Bedacht genommen werden. Zu diesem Ende bewillige ich die Auflassung der Umwallung und der Fortifikation der inneren Stadt sowie der Gräben um dieselbe.“

Aus dem wallumgürteten Biedermeier-Wien entwickelte sich seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die moderne Großstadt Wien, deren Antlitz durch die Ringstraßenzone mit ihren prunkvollen öffentlichen und privaten Bauten im Stile des Historismus geprägt ist. Beim Schottentor, im Banken- und Börsenviertel von Wien, unweit von Schottenkirche und -kloster, mit Blick auf Universität und Votivkirche, entstand 1910 bis 1912 das „Haus am Schottentor“ als Hauptgebäude für den Wiener Bank-Verein.

Das Gebäude, ausgestattet mit den neuesten technischen Errungenschaften (Rohrpostan-

lage, Lüftungssystem, elektrisches Kontrollsystem etc.) war viele Jahre richtungsweisend für moderne Bauarchitektur. Das Bauwerk konnte trotz mancher Verzögerungen – beim Fundamentieren war man auf Reste der mittelalterlichen Stadtmauer gestoßen – dank des Systems des Eisenbetonbaues in zwei Jahren vollendet werden.

Als am 16. August 1912 der Geschäftsbetrieb aufgenommen wurde, fand der Neubau des Wiener Bank-Vereines positive Aufnahme beim Publikum. Die Investition von 11,6 Millionen Kronen hatte sich gelohnt. Auch die zeitgenössische Presse war voll des Lobes.

Der Architekt Adolf Loos (geb. 1870 in Brünn, gest. 1933 in Wien) lobte den Kassensaal bei der Eröffnung 1912: „Die Einrichtung ist das Beste, was man beim derzeitigen Stand der Architektur erwarten kann.“

Für die Sudetendeutschen sind ganz besonders die schönen Bronzeportale in der Schottengasse interessant, zeigen sie doch die Namen der ehemaligen Filialorte des Wiener Bank-Vereines – im Bild die westböhmische Stadt TEPLITZ.

Etwas Chronik des Hauses:

1934: Fusion der „Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe“ mit dem „Wiener Bank-Verein“ und Übersiedlung der Direktion der neuen „Österreichischen Creditanstalt-

Wiener Bankverein“ in das Gebäude des Bankvereines.

1939: Änderung des Namens auf „Creditanstalt-Bankverein“.

In den folgenden Jahrzehnten Instandhaltungsarbeiten und laufend Anpassung der Sicherheitseinrichtungen und der technischen Infrastruktur.

1984 bis 1986: Umbau des großen Kassensaals unter Beibehaltung des historischen Charakters.

1987 bis 1988: Renovierung des großen Vestibüls.

2000: Umbau des Kassensaals.

2003: Nach der Fusion der Bank Austria Creditanstalt Übersiedlung des Vorstandes in das Haus am Schottentor. www.ba-ca.com

G. Zeihsel

Kein EU-Schutz für Olmützer Quargel

Wegen der Einsprüche von Herstellern aus Deutschland und Österreich hat die tschechische Käsespezialität „Olmützer Quargel“ nicht den EU-weiten Herkunftsschutz erhalten. Olmützer Quargel werden auch in Österreich und in Deutschland hergestellt. Über den Herkunftsschutz der tschechischen Olmützer Quargel muß nun die Europäische Kommission entscheiden. Vergangenes Jahr wurde bereits die Anerkennung der Herkunftsbezeichnung Karlsbader Oblaten und Marienbader Oblaten durch Einsprüche aus Deutschland gestoppt.

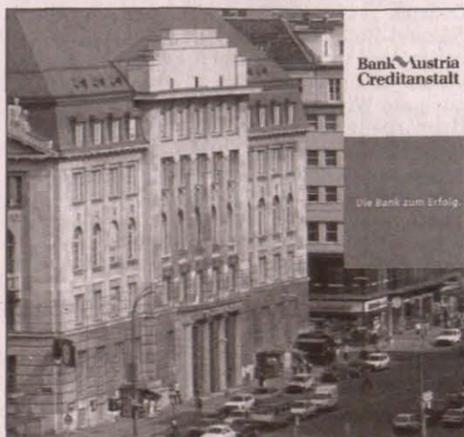


Bild links: Blick auf das „Haus am Schottentor“. Bild rechts: Bronzeportal in der Schottengasse mit dem Namen TEPLITZ.



SCHAU MAL REIN!

www.sudetenpost.com



DATEN,
FAKTEN,
ZAHLEN

– unter
dem Motto:

Nur Informierte können mitreden!

Herlinde Lindner 80



Die Schriftführerin der SLÖ-Bezirksgruppe Gmunden feierte am 30. Jänner ihren 80. Geburtstag. Ihre Heimat liegt im Egerland. Dort hatten ihre Eltern einen großen Bauernhof, von dem

nur noch Ruinen vorhanden sind. Daß die sudetendeutsche Gruppe in Gmunden noch immer besteht, ist zweifellos ihr Verdienst. Aufopferungsvoll unterstützt sie die sudetendeutschen Interessen und hält Verbindungen aufrecht. Sie erledigt den gesamten Schriftverkehr des Vereines und telefoniert in alle Richtungen. Trotz ihrer Mühen schrumpft unsere Gruppe aus Altersgründen.

Wir danken ihr für ihren Einsatz und wünschen ihr noch ein langes Leben in Gesundheit und Zufriedenheit.

Anton Richter, Obmann

Veranstaltungen SL NRW Sudetend. Haus Münster

24. Februar: Diavortrag in Überblendtechnik mit Text und Musik „Karwoche in Sevilla“. Reisebilder von Irene Zeh, Münster, 15 Uhr.

2. März: Vorstellung berühmter Persönlichkeiten: Zum 330. Geburtstag von Antonio Vivaldi. Referentin: Musikwissenschaftlerin Monika Pfützenreuter. Musikalische Umrahmung: Lisa Kalhues und Carolin Rüsing Harfe.

8./9. März, jeweils 10 bis 18 Uhr: Ostermarkt – Kunst am Ei. Brauchtum und Symbolik des Osteres: Annemarie Weißberg. Aus St. Petersburg: Marina und Tanja zeigen Ikonmalerei sowie Volkskunde am Ei, Lackkunst und Zinnfiguren. Weiter Handdruck mit Modeln und Farbe. Vorführung: Böhmisches Klöppelspitzen, Karlsbader Oblaten, Bunzlauer Keramik usw.

16. März: Der besondere Vortrag: „Esau und Jacob – die beiden ungleichen Brüder.“ Es referiert Eugenie Neugebauer, St.D. a. D., 15 Uhr.

30. März: Diavortrag „Verkehrs- und Handelswege in den Sudetenländern.“ Auf Wegen, Straßen, zu Wasser und per Eisenbahn. Referent: Franz Zincker.

6. April: „Frühlingskonzert“ – Frühlingsimpressionen aus Werken der Klassik und Romantik. Gesangstudio Ludger Breimann, Lyrik: Karin Führich. 13. April: Vorstellung berühmter Persönlichkeiten: Zum 210. Geburtstag August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, 15 Uhr. Über Leben und Werk referiert die Kunsthistorikerin Monika Pfützenreuter.

20. April: Diavortrag „Auf den Pfaden der Schlittenhunde in Finnland.“, 15 Uhr. Referent: Dr. Christine Unsöld. Das Material hat sie während ihrer Touren in Nordkarelien und Lappland zusammengetragen.

27. April: Diavortrag mit Text und Musik „Traumhafte Loire“ – Schlösser und Gärten im Herzen Frankreichs, 15 Uhr. Referentin: Irene Zeh, Münster.

4. Mai: Diavortrag „Impressionen aus dem Weinland Rheingau“, 15 Uhr. Referent: Walter Gössling. 18. Mai: Vorstellung berühmter Persönlichkeiten: „Herzogin Anna Amalia und die Bibliothek“. Über Leben und Werk spricht die Kunsthistorikerin Monika Pfützenreuter.

25. Mai: Festliches Konzert zum Muttertag – Lieder, Arien und Duette zu Ehren der Mutter. Ausführende: Gesangstudio Ludger Breimann. Am Flügel: Thomas Modos. Lyrik: Karin Führich.

1. Juni: Literarische Collage: „Else Lasker-Schüler – Dichterin, Zeichnerin, Rebellin“, 15 Uhr. Referentin: Ingrid-Brock-Gerhardt.

8. Juni: Sommerkonzert für Gitarre, Geige und Klavier. Musikklasse Waldemar Konkol, Nottuln, 15 Uhr.

15. Juni: Vorstellung berühmter Persönlichkeiten: Käthe Kollwitz. Über ihr Leben und Wirken referiert die Kunsthistorikerin Monika Pfützenreuter, Münster, 15 Uhr.

22. Juni: Abschluß-Sommerkonzert der Schüler und der Schülerinnen der Musikpädagogin Astrid Strege, Appelhülsen, 15 Uhr.

29. Juni: Vortrag mit Bildwerfer: Naturheilkunde durch Heilkräuter – Gesundheit aus dem Garten. Referentin: Ursula Gebhardt, Münster.

6. Juli: Einladung zum offenen Singen. Mit dem Orchester Kollenberg, Violine, Klavier, Querflöte, Gitarre.

es die erste Überraschung. Der Saal war wunderschön geschmückt und in der Mitte war eine festliche Tafel aufgebaut. Bis zum letzten Platz war alles besetzt (es wäre schön, öfters so viele Besucher begrüßen zu dürfen). Um 16 Uhr eröffnete unser Obmann Dir. i. R. Rainer Schmid das gemütliche Beisammensein mit den Worten: „Auf Grund des besonderen Ereignisses wollen wir uns heute den offiziellen Teil zu den Pressestimmen schenken und folgenden Mitgliedern unserer Heimatgruppe die besten Glück- und Segenswünsche zu ihrem Geburtstag aussprechen. Es sind dies: Frau Gertrude

Veranstaltungskalender Wien u. Niederösterreich

Bis zum 25. März: Sonderausstellung „Gasperlen-Christbaumschmuck aus Gablonz“. Jeweils Dienstag 10 bis 16 Uhr, Samstag 14 bis 17 Uhr sowie Sonn- und Feiertag 10 bis 13 Uhr im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum, Postockvilla, Schießstattgasse 2, 3400 Klosterneuburg.

MÄRZ

7. März, 18 Uhr: Hallenfußballturnier der SdJÖ in der Jubiläumshalle in Biedermannsdorf (Kontakt: 01 / 71 85 913).

9. März, 9.30 Uhr: Klemens-Maria-Hofbauer-Gedenkmesse, Kirche Maria am Gestade, Wien 1, Concordiaplatz.

14. März: 15 bis 17 Uhr Blutspendeaktion der SdJÖ beim Roten Kreuz, Wiedner Hauptstr. 32, 1040 Wien (Kontakt: 01 / 71 85 913).

15. März, 15 Uhr: Sudetendeutsches Gedenken (4. März) im Haus der Begegnung Mariahilf, Königseggasse 10, 1060 Wien.

16. März, 15 Uhr: Treffen des Böhmerwaldbundes mit Film „Die Schmidtaler Strohpuppen-Galerie“ im Restaurant Wienerwald, Mariahilfer Str. 156, 1150 Wien, im Wienerwald-Stüberl.

APRIL

13. April, 14 Uhr: 15. Toni-Schicho-Gedenk-Bowlingturnier in der Engelmann-Halle, Syringgasse Nr. 6 bis 14, 1170 Wien.

20. April, 15 Uhr: Treffen des Böhmerwaldbundes mit Film „Die große Flucht“, 1. Teil, im Restaurant Wienerwald, Mariahilfer Str. 156, 1150 Wien, im Wienerwald-Stüberl.

22. April, 7.30 Uhr: Frühlingssfahrt der Landsmannschaft „Thaya“ (Busfahrt: Kontaktperson: Dkfm. Grech, Tel. 01 / 81 23 953).

26. bis 27. April: 2-Tages-Fahrt des Arbeitskreises Südmähren von Troppau bis zur Burg Busau: Ab Laa / Thaya (Busfahrt: Kontakt: J. Mord, Telefon: 0 25 22 / 76 38).

MAI

4. Mai: Südmährer-Wallfahrt nach Maria Dreieichen (Busfahrt: Kontakt: Dkfm. Grech, Telefon: 01 / 81 23 953).

10. / 11. Mai: Sudetendeutscher Tag in Nürnberg.

17. bis 18. Mai, 6 Uhr: Frühlingss-Kulturfahrt des Arbeitskreises Südmähren nach Südmähren und in den Böhmerwald (Busfahrt: Kontakt: J. Mord, Telefon: 0 25 22 / 76 38) ab Wien.

18. Mai, 15 Uhr: Treffen des Böhmerwaldbundes mit Film „Die große Flucht“, 2. Teil, im Restaurant Wienerwald, Mariahilfer Str. 156, 1150 Wien, im Wienerwald-Stüberl.

22. Mai, 9 Uhr: Gräberfahrt der „Bruna“ Wien zu den Massengräbern des Brünner Todesmarsches entlang der Brünner Straße in Niederösterreich. (Kontakt: Frau Tumberger, Tel.: 01 / 80 41 72 90 – 0 676 / 37 43 362).

24. Mai, 10 Uhr: Südmährertag in Laa an der Thaya.

25. Mai, 10 Uhr: Kreuzberg-Treffen am Kreuzberg bei Klein Schweinbarth (Busfahrt: Kontakt: Dkfm. Grech, Telefon: 01 / 81 23 953).

JUNI BIS SEPTEMBER

21. Juni, 21 Uhr: Sonnwendfeier am Kreuzberg bei Klein Schweinbarth.

22. bis 29. Juni: Sudetendeutsche Ferienwoche in Seeboden (Kontakt: SLÖ, Tel.: 01 / 718 59 19).

2. bis 4. Juli: Kulturfahrt des Arbeitskreises Südmähren (Leitmeritz, Teplitz-Schönau Tetschen, Dresden) ab Laa / Thaya. (Kontakt: J. Mord, Telefon: 0 25 22 / 76 38).

5. bis 12. Juli: Sommerlager der SdJÖ auf der Frauenalpe bei Murau (Kontakt: SdJÖ, Telefon: 01 / 718 59 13).

23. bis 25. Juli: Wallfahrt des Humanitären Vereines der Schlesier auf den Köhlerberg in Schlesien (Kontakt: Frau Blaschek, Telefon: 01 / 79 95 205).

26. und 27. Juli: Schönhengster Heimattag in Göppingen.

26. und 27. Juli: Bundestreffen der Südmährer in Geislingen (Busfahrt: Kontakt: Dkfm. Grech, Telefon: 01 / 81 23 953).

15. August, 10 Uhr: Znamertreffen. Kundgebung beim Kriegerdenkmal in Unterretzbach, NÖ. (Busfahrt: Kontakt: Dkfm. Grech, Tel.: 01 / 81 23 953).

16. August, 10 Uhr: Deutsche Messe in Znaim.

17. August, 9.30 Uhr: Südmährer-Kirtag. Messe, Frühschoppen in Niedersulz – 14 Uhr Kirtag mit Tanz in Niedersulz (Busfahrt: Kontakt: Dkfm. Grech, Tel.: 01 / 81 23 953).

Vorauss. 6. September: Jedermann-Wettkämpfe der SdJÖ in Wien 10, Grenzackerplatz.

27. bis 28. September: Sudetendeutscher Heimattag in Wien (27. 9.) und Klosterneuburg (28. 9.).

Jesser, sie feierte am 3. 1. ihren 85. Geburtstag; Frau Marie Starkbaum, geb. Petsch, aus Kornitz (3. 1. 1911), leider haben wir während des vergangenen Jahres die Verbindung mit ihr verloren, sie wäre unsere älteste Treue; Frau Martha Grolig (5. 1. 1931), Frau Golig ist gehbehindert und kann uns nicht mehr besuchen, alles Gute! OSR Robert Schmid (8. 1. 1915), auch er mußte sich in letzter Zeit schon etwas zurückziehen; Dr. Christa Grolig, die Gattin unseres Altobmannes (16. 1. 1936) stand diesmal etwas im Schatten ihres Mannes, denn er feierte am selben Tag seinen 80. Geburtstag; und Frau OSR Edeltraud Frank, geb. Haschke, wurde am 24. 1. d. J. 71 Jahre alt. Dann erhoben wir das Glas und beglückwünschten unseren Lm. Franz Grolig mit viel Beifall zu seinem großen Ehrentag. Als wieder Ruhe eingekehrt war, ergriff Dir. Schmid das Wort und sagte: „Der Vorstand des Vereines der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, Heimatgruppe Mährisch-Trübau, verleiht hiermit Herrn Ober-Prokurist Franz Grolig nach 25jähriger Tätigkeit als Obmann des Vereines, anläßlich seines 80. Geburtstages am 16. Jänner 2008 den Titel Ehrenobmann“ und überreichte ihm die Urkunde (eine mit rotem Damast überzogene Mappe mit einem Blatt aus echtem Pergament), dazu eine Ansicht von Porstendorf, gerahmt, aus dem Jahre 1917, als Ehrengeschenk. Wir verbinden damit den Wunsch, aus dem reichen Erfahrungsschatz seines Vereines- und Berufslebens noch viele Jahre schöpfen zu dürfen. Anschließend verlas Rainer Schmid einen Glückwunsch von Lm. Fritz Glotzmann an unseren Jubilar. Hier sprach ein alternder Mann mit gefühlvollen Worten, in Verse verpackt, zu einem jüngeren Landsmann. Gerührt und bewegt hörten alle zu. – Die Gestaltung dieser würdigen Feier hatte unser Obmann Rainer Schmid mit tatkräftiger Unterstützung seiner lieben Gattin übernommen.

Gertrud Irlweck

Arbeitskreis Südmähren

Am Dienstag, dem 4. März, findet im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG., mit Beginn um 19.30 Uhr, der Heimatabend unter dem Motto „Federnschleiß'n und Federhoh'n“ statt. – Am Sonntag, dem 9. März, ist die Klemens-Maria-Hofbauer-Gedenkmesse in der Kirche Maria am Gestade, Wien 1, Concordiaplatz; Beginn ist um 9.30 Uhr.

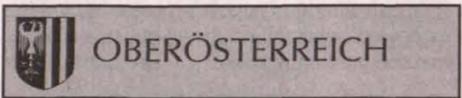
Schönhengst – Oberland Zittau und Umgebung in Wien

Bei unserem ersten Heimatabend im Jänner 2008 waren erfreulicherweise wieder sehr viele Mitglieder anwesend. Obmann Haupt informierte, daß am 15. März wieder die Gedenkveranstaltung stattfinden wird, wobei der Opfer des 4. März 1919 gedacht wird, sowie an die unmenschliche Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert wird. Er bat um zahlreiche Teilnahme. Das Gedenken findet im Haus der Begegnung, Königseggasse 10, 1060 Wien, statt. Weiters gratulierte er unserem Mitglied Frau Martha Kropf, die am 30. Jänner ihren 85. Geburtstag feierte. Leider ist Frau Kropf nicht mehr so mobil, um an unseren Heimatabenden teilnehmen zu können, aber Frau Kropf gibt nicht auf. Sie hat eine neue Therapie begonnen, und so kann es sein, daß sie uns in Zukunft vielleicht einmal mit ihrer Teilnahme an unseren Treffen überraschen wird. Frau Kropf bewohnt ein sehr schönes Appartement in einem Pensionistenheim. Wir alle gratulieren herzlichst zum 85. Geburtstag. – Frau Kropf informierte mich brieflich, daß unser Mitglied Frau Marie Dittrich am 30. November vorigen Jahres im 87. Lebensjahr verstorben ist. Sie wurde am Ottakringer Friedhof bestattet. Frau Dittrich wurde in Lauterbach geboren. Ihr Ehemann, in Wien geboren, verlor im Kindesalter beide Eltern. Er kam in ein Waisenhaus. Ein kinderloses Ehepaar aus Lauterbach fuhr nach Wien, um einen Knaben an Kindes statt anzunehmen, der später die Schneiderwerkstatt des Ehepaars übernehmen sollte. Dieser Bub entwickelte sich zu einem tüchtigen, arbeitsamen jungen Mann und wurde der Ehemann von Frau Dittrich. Das Ehepaar hatte zwei Kinder. Weil Herr Dittrich nicht nur in seinem Betrieb arbeitete, sondern auch überall zugriff, verlor er bei einem Unfall ein Bein. Mit ihren zwei kleinen Kindern und ihrem invaliden Mann kam Frau Dittrich 1947 nach Wien. Sie begann in einem Näherei-Zubehörgeschäft in Ottakring zu arbeiten. Als ihr Mann einen Posten als Portier bekam, übersiedelten sie in eine Dienstwohnung am Wienerberg und Frau Dittrich wurde Heimarbeiterin. Als die Firma aufgelöst wurde, zogen sie zurück nach Ottakring. Der Lebensraum des Ehepaars war der Besitz eines eigenen Hauses. Durch harte Arbeit gelang es ihnen, sich diesen Wunsch zu erfüllen – den Lebensabend gemeinsam im eigenen Haus in Grafenwörth. Leider verstarb der Ehemann von Frau Dittrich sehr bald darauf und das gemeinsame Glück war zu Ende. Später zog Frau Dittrich wieder in ihre Wohnung in Ottakring, die sie bis zu ihrem Tod bewohnte. – Für unseren Verein eine große Freude: Wir haben drei neue Mitglieder bekommen und begrüßen: Frau Helga Schachtner sowie zwei Damen mit demselben Vor- und Zunamen – Mutter und Tochter: Frau Berta Loidl sen. und Frau Berta Loidl jun. Ingeborg Peschka



Sankt Pölten

Achtung, Terminänderung: Der 3. Freitag im März fällt heuer auf den Karfreitag. Über Wunsch einiger Landsleute entfällt an diesem Tag das Heimattreffen. Nächster Heimatnachmittag – als **Jahreshauptversammlung mit Neuwahl** – daher erst im April, am Freitag dem 18. April, um 14.30 Uhr im Gasthof Graf, Sankt Pölten, Bahnhofplatz. Nach der Jahreshauptversammlung werden wir einen schönen heimatlischen Dia-Vortrag erleben. CGS



Enns-Neugablonz – Steyr

Die Geburtstagskinder des Monats März möchte ich bereits jetzt mitteilen: Ilse Scharf am 5., Horst Schubert am 6., Maria Hartig am 14., Helene Zimmermann am 14., (85er), Hans Jürgen Fischer am 15., Martha Wimberger am 24., Elisabeth Wunde am 31. Wir wünschen allen viel Gesundheit, Glück und Freude für das neue Lebensjahr und alle folgenden. – Unser nächster Stammtisch ist am 11. März ab 15 Uhr im Café Hofer. – Nach kurzem, schwerem Leiden ist unser Landsmann, langjähriges Mitglied und Gönner, Herr Kommerzialrat Erhart Neumann für immer von uns gegangen. Wir fühlen mit seiner Familie den schweren Verlust und werden ihm ein liebevolles Andenken bewahren. Ch.N.

Freistadt

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: 3. 3. Hilde Mühlbacher, 3. 3. Margarete Prückl, 5. 3. Johann Erlebach, 10. 3. Josef Gabat, 13. 3. Josef Bamberger, 17. 3. Monika Fleischhanderl. Wir gratulieren den Geburtstagskindern herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Helga Kriegl

Vöcklabruck

Liebe Landsleute! Am Sonntag, dem 9. März um 15.00 Uhr findet unsere erste Zusammenkunft in diesem Jahr statt. Wie nun schon gewohnt, im Wimberghof. An diesem Nachmittag wollen wir auch allen, die im März Geburtstag feiern, herzlich gratulieren: Gertrude Maier am 1. März, Anni Koppmann am 13. März und Johann Cavagno am 31. März. – Leider hatten wir während der Winterpause wieder einen Todesfall zu beklagen: Am 6. 1. 2008 ist unser langjähriges Mitglied Annemarie Gotschi verstorben. Sie würde am 15. 8. ihren 90. Geburtstag feiern. Die Landsmannschaft hat sich mit Blumengrüßen von ihr verabschiedet und mehrere Landsleute haben am Vorabend der Verabschiedung ihrer im Gebet gedacht. Johanna Cavagno

Verband der Böhmerwälder in Oberösterreich



Am 2. Februar, am Faschingsamstag, feierte der Verband der Böhmerwälder in Oberösterreich sein traditionelles Faschingskränzchen – auch diesmal wieder im Volksheim Langholzfeld in der Adalbert-Stifter-Straße. Kassierin Inge Bayer im zünftigen Clown-Kostüm stand an der Eingangstür und hieß die Besucher willkommen. Die offizielle Begrüßung nahm Vorsitzender GR Robert Hauer vor und wünschte allen Besuchern einen schönen, unterhaltsamen Abend. Er begrüßte auch den Obmann-Stellvertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Oberösterreich, Herrn Othmar Schaner mit Gattin. – Für die musikalische Unterhaltung sorgte diesmal das Duo Lamb, zwei Profis, deren Repertoire von der Polka über den Walzer bis hin zu Tango und Rock and Roll reichte. Viel zum Gelingen des Balls hat unser Landsmann Kons. Franz Böhm beigetragen. Mit seiner Volkstums-Tanzgruppe brachte er viel Schwung und Abwechslung in die Veranstaltung. Besonders hervorzuheben wäre der gegen Ende des Balls durchgeführte traditionelle Schwerttanz (Bild oben), der wieder einen besonderen Höhepunkt darstellte. – Auch diesmal verkaufte Inge Bayer während der Veranstaltung Lose und wollte wissen, wie viele „Haribo-Gummibären“ in dem versiegelten



Mährisch Trübau in Wien

Unser erster Heimatabend am 17. Jänner dieses Jahres war ein ganz besonderer: Unser Altobmann OProk. Franz Grolig hatte nämlich alle Landsleute eingeladen, um mit ihm und seiner Familie seinen 80. Geburtstag zu feiern. Schon beim Eintreten in unser Vereinslokal gab

Gurkenglas sind. Es wurden die abenteuerlichsten Zahlen auf die Loszettel geschrieben, sie reichten von hundert bis über tausend. Genau 350 Stück waren im Glas, und den ersten Preis, eine Torte, konnte Ing. Erich Müller in Empfang nehmen. Doch der Gewinner, ein schlankheitsbewußter Mensch, verteilte die Süßigkeit an die anwesenden Damen. – Obwohl an diesem Faschingsamstag viele Böhmerwäldler anderweitig Verpflichtungen lokaler Art hatten, war die Veranstaltung gut besucht. Der gesamte Vorstand möchte sich bei allen Besuchern für ihr Erscheinen bedanken und hofft, allen einige schöne Stunden bereitet zu haben. – Unsere nächste Veranstaltung: Die Jahreshauptversammlung, oder wie sie aufgrund des neuen Vereinsgesetzes heißt, die Mitgliederversammlung, findet am Samstag, dem 15. März, im Volkshaus Langholzfeld, statt. Beginn ist um 14.30 Uhr. Diesmal wird der Vorstand neu gewählt und wir ersuchen um rege Teilnahme an der Veranstaltung. Vorschläge dazu können im Büro, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, eingebracht werden. – Bis dahin wünscht der Verband der Böhmerwäldler in Oberösterreich allen Mitgliedern und Freunden eine schöne Zeit.

Gustav A. Dworzak

waren mit einem Bus aus dem Berchtesgadener Land gekommen. Erstmals nahmen auch Gäste der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen teil. – Das Gedenken zum 4. März wurde gemeinsam mit der SL-Landesgruppe Salzburg gestaltet, ebenso wie die Feierstunde an der Salzach zum Gedenken an das Aussiger Massaker von 1945, als auch das Totengedenken am Mahmal der Sudetendeutschen im Salzburger Kommunalfriedhof zu Allerheiligen. Die gute Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowohl in Salzburg als auch im Berchtesgadener Land ist für beide Seiten von Nutzen, was die gegenseitigen Veranstaltungsbesuche beweisen. Übrigens gehören der Landesobmann der SLÖ Salzburg und sein Stellvertreter, aber auch die SL-Ortsobleute von Bad Reichenhall und Berchtesgaden der Gmoi Salzburg als Mitglieder an. – Im April stand der Nachmittag im Zeichen des Osterfestes. – Im Mai wurde der Muttertag gefeiert, diesmal wieder mit Gästen aus der bayerischen Nachbarschaft. – Von den übrigen monatlichen Zusammenkünften müssen zwei besonders hervorgehoben werden. Im Oktober wäre eigentlich die Eghalanda Kirwa gewesen. Doch diesmal gab es ein großes Fest mit 140 Teilnehmern: Das 80jährige Gründungsfest unserer Gmoi. Schon am Vormittag kamen die Gmoimitglieder und Freunde aus Österreich und Deutschland zu einem Dankgottesdienst in der Pfarrkirche des Salzburger Vororts Morzg zusammen. Die heilige Messe wurde vom päpstlichen Visitor für die Sudetendeutschen P. Norbert Schlegel geleitet, der ergründete Worte an die Festteilnehmer richtete. Als Ministrant diente ihm der Vorsitzende des „Bundes der Deutschen – Landschaft Egerland“, Richard Sulko, der eigens aus Böhmen herübergekommen war. Nach dem gemeinsamen Mittagessen lief dann im Lainerhof das eigentliche Festprogramm ab. Nach der Begrüßung durch Gmoivorstand Josef Zuleger folgten Grußworte des Bundesvorsitzenden Dr. Ralph Heimrath, der mit seiner Gattin nach Salzburg gekommen war, sowie des Obmanns des Gauverbands der Heimat- und Trachtenvereine der Stadt Salzburg, Hannes Niedermeier, und weiterer Gmoi- und Vereinsvorstände. Über die Geschichte der Salzburger Gmoi, von der Gründung 1927 bis zur Gegenwart, berichtete Dir. Karl Knopf, der Vorsitzende des Historischen Trachtenvereins Knigl. Ein reiches Programm boten die Musikkapelle der Gmoi Waldkraiburg, die Singgruppe der Gmoi Burghausen und Christine Zuleger mit ihrem Rupertitrio. Lied- und Gedichtvorträge mehrerer Gmoimitglieder aus Linz, aus Burghausen und Trostberg ergänzten das Programm. Das 80jährige Gründungsfest war sicherlich der Höhepunkt des Gmoijahres 2007. Daß alles so gut geklappt hat, ist Josef und Christine Zuleger zu verdanken, die die Hauptlast der Vorbereitungsarbeiten zu tragen hatten. Um ein Amt aber wurde Josef Zuleger erleichtert: Er übergab nämlich das Amt des Landesvorsitzenden von Österreich an die Vuarstaiharin der Gmoi Linz, Jutta Sybille Aglas-Baumgartner. – Einen weiteren Höhepunkt im Jahreslauf bildete der Adventsnachmittag der Gmoi mit einem besinnlichen vorweihnachtlichen Programm. Er war auch in diesem Jahr wieder gut besucht von hüben und drüben.

Herbert Ott

DEUTSCHLAND

Bad Nauheim



Helau beim BdV – Faschingsausklang mit den „Dransfeld-Sisters“. – In ihren rot-weißen Husarenuniformen tanzten die so junggebliebenen „Dransfeld-Sisters“ aus Butzbach über die Bühne (Bild oben) und brachten mit flotter Marschmusik den überfüllten Narrensaal in die richtige Stimmung, so daß alle nach einer Zugabe verlangten. Doch zu Beginn hielt ein keifendes Ehweweib (Margarete Heinrich) ihrem Mann (Norbert Quaiser) all seine Sünden vor, doch der erwiderte und entkräftete alle Vorwürfe mit treffenden und bekannten Ohrwürmern am Keyboard. Vermißt wurde Georg Walter, der erste Vorsitzende des Ortsverbandes Bad Nauheim im Bund der Vertriebenen (BdV). Doch dieser kam verspätet im Clown-Kostüm und begrüßte die bunten Närrinnen und Narren mit gekonnten Versen. Als besonderer Gast bat er Erna Peilicke zur Bühne und gratulierte ihr herzlich zur Ehrenmitgliedschaft der Kreisgruppe Schlesien in Frankfurt / M. Sie freute sich über einen bunten Blumenstrauß. Elly Stehwien begleitete am Klavier den Bassisten Otmar Ruß, der im passenden Kostüm vom armen Wandergesellen sang. Bertl Kriegk berichtete von der enttäuschenden Bekanntschaft mit einem Manne, Margarete Heinrich klagte über

einen unermüdeten Gipfelstürmer und Gerda Dorsch und Judith Schild wunderten sich, daß sie nach all den vielen Ehestreitereien doch noch so gut zueinanderpassen. Erhard Stary hatte den hellseherischen Blick und berichtete von den innersten Gedanken einer Gläubigen beim Besuch des Gottesdienstes. Und für alle Krankheiten und Wehwehchen, die einen Faschingsnarren plagen könnten, hatte das Kräuterriegele (Irmgard Eckl) in ihrem Körbchen die richtige Medizin aus der Natur. Maria Weiser und Edmund Reinelt hatten nach der Melodie „Auf der schwäb'schen Eisenbahn“ ein Loblied auf den BdV in Bad Nauheim zusammengestellt. Gertrud Weichert konnte es nicht erwarten, endlich eine Rentnerin zu sein. Wer war eigentlich die große Frau (Erhard Stary)

mit den hellblonden Haaren, die nie fertig wurde und stets zu spät kam? Sogar die eigene Hochzeit hatte sie um zwei Monate verpaßt, aber zum Faschingsball, da war sie immer pünktlich. Margarete Heinrich erklärte die Fastenzeit und Erwin Gröger strahlte als Lottogewinner, der sich jetzt auch einen echten Rembrandt aus dem Kaufhaus für 7,50 Euro leisten konnte. Und zum Abschluß begeisterten die „Dransfeld-Sisters“ mit einem flotten Square-Dance das närrische Publikum und ernteten stürmischen Beifall. Norbert Quaiser führte mit lustigen Sprüchen durch das Programm, Georg Walter hatte für alle frische Käppl besorgt und Bruno E. Ulbrich erinnerte in seinem Schlußwort an das Wiedersehen am Dienstag, dem 4. März. Bruno E. Ulbrich

Die Stimme der Jugend

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25 • Telefon und Fax: 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at E-mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Am Samstag, 15. März, 15 Uhr, im Haus der Begegnung, Wien 6, Königsegg-Gasse, findet das Sudetendeutsche Gedenken zum 90. Jahrestag des Bekenntnisses zu Österreich und zum Selbstbestimmungsrecht 63 Jahre nach der Vertreibung, statt. Wir hoffen, daß sehr viele Landsleute und Freunde jedweder Generation ins Haus der Begegnung in Mariahilf kommen werden – das wären wir unseren Ermordeten, Erschlagenen, Vergewaltigten, Entrechteten und Enteigneten sowie aller anderen Toten schuldig. – Pfingsten: Sudetendeutscher Tag 2008 in Nürnberg – mit Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Jugend. Dazu werden Autobusse aus vielen Bundesländern geführt. – 5. bis 12. Juli: Sommerlager für Kinder und junge Leute im Alter von ca. sieben bis 16 Jahren auf der Frauenalpe bei Murau in der Steiermark. Sofortige Anmeldungen sind an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse Nr. 25, 1030 Wien, Telefon / Fax: (01) 718 59 13, E-mail: office@sdjoe.at, zu richten. Auch die Freunde der Kinder und jungen Leute können teilnehmen. – Mitte / Ende Juli: Sudetendeut-

sche Bergwoche für alle Altersstufen. Anfragen / Anmeldungen dringend bei Franz Schaden, 3100 Sankt Pölten, Birkengasse 6, Telefon: 0 27 42 / 71 9 67. – Blutspendeaktion am Freitag, dem 14. März: Von 15 bis 17.30 Uhr kann man in der Blutspendezentrale des Roten Kreuzes, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32 (mit Parkmöglichkeit) Blut spenden.

Landesgruppe Wien

Zusammenkünfte sind jeden Mittwoch, ab 18 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. – Beim Heringsschmaus am Aschermittwoch im „Haus der Heimat“, in den sudetendeutschen Räumlichkeiten, fanden sich heuer an die vierzig „Fastesser“ zu einem reichhaltigen Fischbuffet ein. Begrüßen konnten wir neben Bundesobmann Gerhard Zeihsel auch etliche ältere Landsleute von den verschiedensten Heimatgruppen sowie zahlreiche Freunde. Gefreut haben wir uns auch über den Besuch der Knapps, die einen Wien-Aufenthalt damit verbanden. Die Tafel wurde von Martina, Herbert und Hubsi hergerichtet, der Heringssalat wurde wie immer von Martinas Vater, Herrn Müller, einem Böhmerwäldler, zubereitet und hat allen herrlich geschmeckt – von dieser Stelle aus unseren herzlichsten Dank an Herrn Müller und Gattin. Allen hat es sehr gemundet und es wurde allgemein bekundet, daß man im kommenden Jahr wieder dabei sein möchte. Bis kurz vor 23 Uhr saß man gemütlich beisammen. – Das Volleyball-Turnier wird am Freitag, dem 7. März, in der Jubiläumshalle in Biedermansdorf bei Wien durchgeführt. Beginn ist um 18 Uhr. Bitte unbedingt den Aufruf im Zeitungsinnen lesen. – Die diesjährige Muttertags- und Vatertags-Autobusfahrt findet am Donnerstag, dem 22. Mai (Fronleichnamstag – Feiertag) statt.

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, 12.00 Uhr, sieben Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Zu spät einlangende Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 5	6. März	Red.-Schl.	28. Februar
Folge 6	20. März	Red.-Schl.	13. März
Folge 7	3. April	Red.-Schl.	27. März
Folge 8	17. April	Red.-Schl.	10. April
Folge 9	8. Mai	Red.-Schl.	30. April
Folge 10	23. Mai	Red.-Schl.	15. Mai
Folge 11	5. Juni	Red.-Schl.	29. Mai
Folge 12	19. Juni	Red.-Schl.	12. Juni
Folge 13/14	3. Juli	Red.-Schl.	26. Juni
Folge 15/16	31. Juli	Red.-Schl.	24. Juli
Folge 17	28. August	Red.-Schl.	21. August
Folge 18	11. September	Red.-Schl.	4. September
Folge 19	25. September	Red.-Schl.	18. September
Folge 20	16. Oktober	Red.-Schl.	9. Oktober
Folge 21	30. Oktober	Red.-Schl.	23. Oktober
Folge 22	13. November	Red.-Schl.	6. November
Folge 23	27. November	Red.-Schl.	20. November
Folge 24	11. Dezember	Red.-Schl.	4. Dezember

Sudetetenpost

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592.

Obmann: **DDR. Alfred Oberwandling**, Geschäftsführer: **Ing. Peter Ludwig**. Alle in 4040 Linz, Kreuzstr. 7. **Druck:** LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstr. 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 35,70, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 42,90, Übersee: € 56,00; Einzelpreis: € 1,65, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:

Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Pressezeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

SPENDENKONTO

Bankverbindungen: Österreich: Sparkasse Linz, Kto.-Nr. 28135, BLZ 20320
Deutschland: VR-Bank Passau Freyung eG
Kto.-Nr. 89869, BLZ 740 900 00.
Vermerk: „SPENDE“

Spenden für die „Sudetetenpost“

10,00 Anton Maly, 2115 Ernstbrunn

Die „Sudetetenpost“ dankt dem Spender herzlich!

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:

„Sudetetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name:

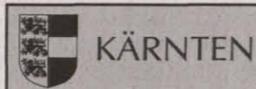
Straße:

Plz:

Ort:

Telefon:

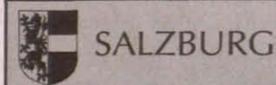
Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 35,70, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 42,90, Übersee: € 56,00. – Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.



KÄRNTEN

Bezirksgruppe Villach

Frauen- und Familienkreis. – Wir trafen uns am 6. Februar im Hotel Post und freuten uns über den guten Besuch. Lustige Gedichte und Geschichten, in die Fastenzeit passend, wenn es auch bereits Aschermittwoch war, trugen zur guten Laune bei. Die Gedenktage wurden aber auch nicht vergessen. So gedachten wir des bekannten Operettenkomponisten Leo Fall, des Naturheilers Johann Schroth, des Schriftstellers Reinhard Pozorny und der Mundartdichter Anton Wallner (Böhmerwald) und Ferdinand Schmidt (Isergebirge). Beim Aktuellen freuten wir uns über den Zusammenschluß vieler Vertriebenenverbände in ganz Europa, über die Auszeichnung der tschechischen Schriftstellerin Sidonia Dedina, die seit Jahrzehnten unsere Vertreibung verurteilt, und über den Besuch der bayerischen Wirtschaftsministerin Emilia Müller in Prag, die zuerst das Sudetendeutsche Büro besuchte und wörtlich sagte: „Bayern steht zu seinem 4. Stamm, und das gilt auch für die Zukunft.“ Weitere Diskussionen sparten auch nicht mit Kritik an den Verhaltensweisen der tschechischen Regierung. Natürlich trafen wir uns auch am 9. Jänner, wenn wir auch durch Erkrankungen und andere Verhinderungen nur eine kleine Gruppe waren. Trotzdem verbrachten wir einen netten Nachmittag, zu dem alle etwas beitrugen. – Unsere nächste Zusammenkunft ist am Mittwoch, 5. März, wieder um 14.30 Uhr, im Hotel Post. Vorher findet noch unsere Jahreshauptversammlung statt: Samstag, 23. Februar, ebenfalls um 14.30 Uhr, im Hotel Post (Jägerstube). Anschließend wird uns unser Obmann Dipl.-Ing. L. Anderwald interessante Bilder zeigen von der großen Veranstaltung vorigen September in Gurk, von Triest, und andere. Alle Landsleute und Freunde sind herzlich eingeladen. D. Thiel



SALZBURG

Eghalanda Gmoi z' Salzburg

Jahresbericht 2007. – Das Jahr begann wieder mit der Hauptversammlung, die im Rahmen des Jänner-Gmoinachmittags stattfand, wie alle Gmoiveranstaltungen im Lainerhof, dem Vereins- und Schulungsheim der Salzburger Heimatvereinigungen. Die Vorstandswahl brachte keine Änderungen: Vuarstaiha bleibt Josef Zuleger, Stellvertreterin ist seine Gattin, Christine, Umgöldnerin (Kassenverwalterin) ist Anni Grünangerl, Stellvertreter Peter Weinlich, Schreiwä (Schriftführer) Herbert Ott, Stellvertreterin Anni Grünangerl, Kassenprüfer Herbert Mai. – Im Februar stand der gutbesuchte Gmoinachmittag im Zeichen des Faschings, wobei der Musiker Seebacher für die rechte Stimmung sorgte. Sudetendeutsche Landsleute

Völkermord: Armenier – Sudetendeutsche – Im Schicksal gleich „Schlagt sie, tötet sie, laßt keinen am Leben!“

Bei der sehr gelungenen Veranstaltung am 9. November 2007 hatte die Jugend das Wort.

Für die Sudetendeutschen sprach Florian Fischer von der Studentenverbindung VdSt Sudetia – welche Mitglied der SLÖ ist. Hier Auszüge aus seinem Vortrag:

Der Völkermord als ein Komplex schwerer Menschenrechtsverletzung samt begleitender Maßnahmen wird laut der Konvention über die Nichtverjährung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, als unverjährbar betrachtet.

Der Wortschöpfer des Ausdruckes „Völkermord“ ist der Pole Raphael Lemkin. Er befaßte sich schon im Jahre 1933 mit diesem Phänomen. So in seinem Aufsatz „Akte der Barbarei und des Vandalismus als delicta juris gentium“. Er führte damals u. a. folgendes aus: „Nicht die Menschheitsrechte des Individuums allein, auch die Grundlagen des sozialen Zusammenlebens der Menschheit sind Opfer dieser Straftaten.“

Hierher gehören vor allem alle auf die Ausrottung ethnischer, nationaler, konfessioneller, sozialer Menschheitsgruppen gerichteten Vergewaltigungen, mögen dieselben politischen, religiösen oder sonstigen Beweggründen entspringen, wie Massaker, Pogrome, Zwangsinternierungen, wirtschaftliche Vernichtungsmaßnahmen u. dgl. Barbarische Akte, die gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit, gegen die persönliche Freiheit und die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit des Menschen gerichtet sind. Auch alle jene Brutalitäten, durch welche der Einzelne in seiner Menschenwürde zu leiden hat, gehören in den Bereich der delicta juris gentium, falls seine Demütigung ihre Quelle in der Zugehörigkeit zu einer der obbezeichneten Gemeinschaften, gegen welche sich ein Exterminationskampf richtet, hat. ... Die gegen Gemeinschaften gerichteten Aktionen sind nicht lediglich Gemeingefahr (dangere commun), sie sind eine Weltgefahr (dangere general international) durch die Ansteckbarkeit sozialer Psychosen.

Zweitens: Lemkin macht bereits 1933 deutlich, daß der Ausdruck Völkermord die Komplexität eines Vorganges bezeichnet. Dieser besteht in einem koordinierten Plan verschiedener Handlungen, die auf die Zerstörung der wesentlichen Grundlagen des Lebens nationaler Gruppen, mit dem Ziel, diese Gruppen selbst zu beseitigen, gerichtet sind.

Er erklärt weiters, daß Genozide durch einen synchronisierten Angriff auf verschiedene Aspekte des Lebens eines Volkes in Erscheinung treten: Im politischen Bereich, im sozialen Bereich, im kulturellen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich, im biologischen Bereich, im Bereich der psychischen Existenz einer Volksgruppe.

Der österreichische Völkerrechtsprofessor Felix Ermacora äußert dazu: Drittens: „Diese Vorgänge, die heute in der Völkermordkonvention in Tatbestände juristisch aufgegliedert sind, haben die sudetendeutsche Bevölkerung getroffen.“

Ich darf noch einmal hervorheben:

○ Die Tötung von Mitgliedern der Gruppe, weil sie Sudetendeutsche gewesen sind, ... wobei es gleichgültig ist, ob die Zahl der Toten 6000 oder 250.000 ist.

○ Die absichtliche Aufertelung von Lebensbedingungen, um die Gruppe ganz oder teilweise physisch zu vernichten: Die Einrichtung von Konzentrationslagern, der globale Eigentumsentzug, die Strafandrohungen, die Inhaftierungen, die Vernichtung der Umwelt waren so umfassend, daß die Existenz der Gruppe in ihren angestammten Gebieten in ihren Lebensgrundlagen getroffen worden ist.

○ Zu diesen Tatbestandsmerkmalen kommt die Absicht, die Gruppe zu zerstören. Diese Absicht ist nicht auf die physische Vernichtung der Gruppe, das ist der Holocaust, gerichtet gewesen, sondern auch die Beseitigung der Gruppe aus ihrem angestammten Gebiet.

Diese Tatbestandsmerkmale verdichten sich so zu einem Maße, daß eine andere Interpreta-

tion des Komplexes der Vertreibung der Sudetendeutschen ... bei bestem Wissen und Gewissen für den Gutachter nicht denkmöglich ist.

... Holocaust und Genozide werden differenziert. Holocaust wird für die physische Massenvernichtung der Juden verwendet. Demgegenüber liegt der Völkermord in einer Summe von Handlungen, von denen es nicht notwendig ist, daß sie zur physischen Ausrottung der Menschen führen müssen, allerdings zur Beseitigung einer Gruppe aus einem angestammten Gebiet.

Soweit die klare Rechtslage, festgestellt von Prof. Ermacora.

Trotz dieser klaren Rechtslage versuchen die Täter von Völkermorden immer wieder ihre Handlungen einestheils verniedlichend als verständliche Einzelexzesse darzustellen, um den Konsequenzen eines Völkermordes zu entgehen, andererseits das Geschehen in eine Zeit einzuordnen, in welcher angeblich die Völkerrechtskonvention noch keine Gültigkeit hatte.

Diese Manöver werden zwar auch heute noch von vielen wissenschaftlichen und auch staatlichen Instanzen akzeptiert. Einer seriösen Geschichtsforschung können sie jedoch in keiner Weise standhalten.

Obzwar es zum Nachweis eines Völkermordes nicht unbedingt eines Rückblickes auf vorhergegangene Geschehnisse bedarf, ist der Hinweis auf einen psychologischen Hintergrund hilfreich, um die kriminelle Energie weiter Kreise eines Volkes, die ansonsten unverständlich wäre, einigermaßen zu verstehen.

Ansätze der völkischen Auseinandersetzung zwischen Tschechen und Deutschen sind bereits seit den Hussitenkriegen zu erkennen. ...

Welches Schicksal die tschechischen Staatsgründer den deutschen Mitbürgern zugeordnet haben, wußten die Deutschen damals noch nicht. Prof. T. G. Masaryk und Dr. Edvard Beneš hingegen wußten dies genau, denn sie hatten bereits vor der Staatsgründung für dieses Schicksal fixe Vorstellungen und Pläne. So schrieb Dr. Beneš in seinen Memoranden an die in Paris tagende Friedenskonferenz folgendes: „...Es muß auch in Erwägung gezogen werden, daß die Deutschen in Böhmen nur Kolonisten oder Abkömmlinge von Kolonisten sind...“. Und weiters: „Die Deutschen haben sich in Böhmen künstlich festgesetzt als Kolonisten oder als Beamte und Bürokraten als gefügiges Element einer gewalttätigen Germanisierung, die von den Wiener Regierungen klug vorbereitet und geschickt geleitet wurde...“. Diese offiziellen Aussagen entsprachen natürlich nie der Wahrheit.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch Präsident Masaryk in seiner Regierungserklärung am 22. Dezember des Gründungsjahres: „Die von den Deutschen bewohnten böhmischen Gebietsteile sind und bleiben unsere. Wir haben diesen Staat erkämpft, und die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen, die einst als Emigranten und Kolonisten hierhergekommen sind, ist damit ein für allemal festgelegt. Wir haben ein gutes Recht auf die Reichtümer unseres gesamten Landes.“ Und gegenüber der französischen Zeitung „Le Matin“ wurde T. G. Masaryk vierzehn Tage später noch deutlicher: „...Für diese Landfremden wird man vielleicht einen gewissen „Modus vivendi“ schaffen, ... Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß eine rasche Entgermanisierung dieser Gebiete vor sich gehen wird.“

Diese Pläne wurden natürlich nicht der Friedenskonferenz in Paris bekanntgeben. Dort wurde zur gleichen Zeit ein Versprechen abgegeben, den neuen Staat nach Vorbild der Schweiz einzurichten.

Und – es klingt unglaublich – ebenfalls fast gleichzeitig, begann auf Anordnung von Präsident Masaryk ab November 1918 die tschechische Besetzung der fast rein deutschen Gebiete auf völkerrechtlich noch österreichischem Boden zum Teil mit Waffengewalt, Morden und Plünderungen.

Ab dieser Zeit zu Ende des Jahres 1918 waren die ersten deutschen Todesopfer durch Erschießungen zu beklagen, und dieses Morden setzte sich im März 1919 mit weiteren Erschießungen von 54 Männern, Frauen und Kindern fort. Auch hunderte Verwundete wurden Opfer der militärischen Okkupation.

Dies war der Beginn der Gründung der Tschechoslowakischen Republik, dies waren die ersten Schritte der Entgermanisierung. Die Deut-

schen wurden vom neuen Staat nach wie vor als Feinde angesehen und behandelt.

Zehn Jahre später, im Jahre 1928, stellt Dr. Beneš lapidar fest, daß die „Entgermanisierung bisher nicht gelungen sei“ und „andere Mittel“ in Zukunft angewendet werden müssen. ... Das Sudetenland wurde nach zwei tschechischen Kriegsprovokationen durch Mobilisierungen und späteren Vorschlägen des Dr. Beneš zu Gebietsabtretungen der fast rein deutschen Grenzgebiete der CSR an Deutschland, durch Beschlüsse von der internationalen Konferenz in München 1938 abgetrennt.

Und bereits ab dieser Zeit wurden von Dr. Beneš konkrete Pläne zur „ethnischen Säuberung“ des gesamten ehemaligen CSR-Gebietes, nach Rückholung der abgetretenen Gebiete – und man höre und staune, durch einen bevorstehenden Krieg – geschmiedet.

Dieser ersehnte Krieg begann tatsächlich bereits ein Jahr später. Für die Sudetendeutschen vollkommene Überraschung.

Das Leben im Protektorat empfand ein Großteil des tschechischen Volkes als eine Erniedrigung. Der Alltag verlief trotzdem äußerlich ruhig. Um diese Ruhe zu stören, ließ aus dem Exil Dr. Beneš den Reichsprotektor Heydrich durch gedungene Mörder aus England bei einem Attentat erschießen. Die von Dr. Beneš einkalkulierten schweren Sanktionen des deutschen Reiches verhalten ihm dazu, daß das Münchener Abkommen von den Alliierten annulliert wurde und daß man dort erstmals für Transferpläne des Dr. Beneš bezüglich der deutschen Bevölkerung Verständnis zeigte.

Und vor dem Staatsrat erklärte Dr. Beneš am 3. Februar 1944: „Der Umsturz muß gewalttätig, muß eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen ... ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein.“ Dr. Beneš ist vom Kampf „gegen die Nazisten“ zum Kampf „gegen die Deutschen“ übergegangen. Demnach zum Kampf gegen eine ethnische Gruppe.

Am 16. Juli 1944 läßt Dr. Beneš durch seinen Sekretär Prokop Drtina der tschechoslowakischen Untergrundbewegung eine Erklärung übermitteln: „Die ... Frage, was mit unseren Deutschen zu geschehen hat, nimmt in der ganzen öffentlichen Weltmeinung immer mehr eine Wendung zum Besseren, und zwar so, wie unser Volk es braucht. ... Es kann jedoch heute noch nicht definitiv gesagt werden, daß sämtliche über drei Millionen Deutsche auf Grundlage irgendeiner internationalen Regelung transferiert werden können. Auf diesem Wege wird es vielleicht möglich sein, sie nur zum Teil loszuwerden, maximal vielleicht zwei Millionen, und wir können uns daher nicht auf eine internationale Lösung verlassen und können eine solche nicht abwarten. Es ist notwendig, daß wir in den ersten Tagen nach der Befreiung vieles selbst erledigen, daß möglichst viele schuldige Nazisten vor uns fliehen, aus Angst vor einer Bürgerrevolte gegen sie in den ersten Tagen der Revolution, und daß möglichst viele derjenigen, die als Nazisten sich wehren und Widerstand leisten, in der Revolution erschlagen werden. Denken Sie immer daran, darauf muß die ganze Nation vorbereitet sein. Der internationalen Lösung der Deutschen Frage bei uns muß daher neben der revolutionären Befreiungsbewegung und später auch neben den ordnungsmäßigen Operationen, bis unser ganzes Land und das ganze Staatsgebiet militärisch befreit sein werden – hauptsächlich also auch die Grenzgebiete, die durch München von uns abgetrennt wurden – die schnellstmögliche Besetzung und Säuberung ... vorgehen, ...

... eine wichtige Rolle in dieser Richtung fällt im Befreiungskrieg dem Volk in der Heimat selbst zu ...“

Und zur Verstärkung dieser seiner Aufrufe ließ Dr. Beneš seinen Generalstabschef zu Wort kommen. Der Befehlshaber der tschechischen Streitkräfte im Exil, General S. Ingr, rief am 3. 11. 1944 im britischen Rundfunk seine Landsleute offen zu entsetzlichen Mordorgien mit folgenden Worten auf (Auszug): „Wenn unser Tag kommt, wird die ganze Nation dem hussitischen Schlachtruf folgen: Schlagt sie, tötet sie, laßt keinen am Leben! Jeder sollte sich nach der geeigneten Waffe umsehen, um die Deutschen zu treffen. Wenn keine Feuerwaffen zur Hand sind, dann jede Art von Waffe, die schneidet, sticht oder trifft ...“

Alle diese „Waffen“ waren rechtzeitig zur Hand, als die „spontane Reaktion auf die

Kriegsgreuel der Deutschen“ genau nach Plan ablief!

Das war einer der letzten dokumentierten Mordaufrufe vor dem im Mai 1945 beginnenden Pogrom. Weitere Mordaufrufe folgten während der Vertreibung!

Auch heute noch wirken diese Mordaufrufe und Pläne des Dr. Beneš und seiner Mitarbeiter erschütternd.

Trotzdem wird von Herrn Dr. Ripka über diese Verbrechen eine negative Bilanz gezogen. Einerseits bezeugt Ripka die Planmäßigkeit der Terrormaßnahmen gegen die Deutschen, die vor den Potsdamer Beschlüssen (2. 8. 1945) vollendete Tatsachen in weitestmöglichem Maß schaffen sollten, andererseits ist er mit den bisherigen Mord- und Vertreibungsergebnissen nicht zufrieden: „... Wir waren zu langsam und zu nachsichtig mit den Deutschen. ... Die Bevölkerung führte in den ersten zwei Monaten nach der Befreiung den Plan der Regierung nicht durch, und die ganze Operation der Vertreibung der Deutschen ist daher verlangsamt worden.“

Und damit kommen wir wieder zurück zu den zwei Kriterien eines Völkermordes:

- der Planung und
- der Durchführung

dieses Völkerrechtsverbrechens.

Wurde dieses in Potsdam erlaubt, geduldet oder sogar befohlen?

Ungeachtet der für Potsdam arrangierten Exzesse des Brünner Todesmarsches und – weil dies nicht genügte, um die Alliierten in Potsdam zum Beschluß eines Transfers der Deutschen zu veranlassen – trotz des Massakers in Aussig während der Tagung in Potsdam, ist es Dr. Beneš nicht gelungen, diesen Beschluß zur Vertreibung aller Deutschen in Potsdam mit allen Mitteln, herbeizuführen.

Im Potsdamer Protokoll ist lediglich festgestellt worden, daß ein „Transfer“ der Deutschen durchzuführen sein wird. Daß jedoch alle Transfers, die stattfinden werden, in humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden sollen. Aber zugleich wurde auch die CSR aufgefordert, weitere Vertreibungen („expulsions“) einzustellen. Die tschechische Regierung beschloß jedoch am Folgetag, dieser Aufforderung nicht nachzukommen und die Vertreibungen fortzusetzen.

Die CSR wurde aufgefordert, Beschlüsse der Alliierten Kontrollkommission abzuwarten. Die Tschechen beschlossen, falls nötig, diese Beschlüsse zu erzwingen.

In Potsdam kann daher der tschechischen Regierung noch keine Vertreibung, demnach auch kein Völkermord zugestanden worden sein.

Ungeachtet dessen ist er nachweislich verübt worden.

Sicher ist auch, daß für einen begangenen Völkermord die „Völkermordkonvention“ eine prompte und adäquate Wiedergutmachung vorschreibt.

Diese ist die CR als Nachfolgestaat der CSR ihren ehemaligen deutschen Mitbürgern und deren Nachkommen bis heute schuldig geblieben.

Denn das Verbrechen des Völkermordes ist auch für die Tschechische Republik noch nicht verjährt.



Jugend am Wort: Florian Fischer bei seinem Vortrag über Völkermord.

**Vorsicht!
Die EU ist mit
dem Beneš-Virus
verseucht!**